



»Konfliktpotenziale als Chance«

Vorschlag eines Handlungskonzepts für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Universitätsstadt Tübingen



**Herausgegeben
in Zusammenarbeit mit:**

Arbeitsgemeinschaft
Ziviler Friedensdienst
in Deutschland

Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (ArGe ZFDiD) gründete sich 2002, um die Möglichkeiten des Zivilen Friedensdienstes zur Bearbeitung innergesellschaftlicher Konflikte zu vermitteln, den Wissensaustausch zwischen Projektdurchführern zu fördern und konkrete Projektaktivitäten der Mitglieder zu koordinieren. Die ArGe ZFDiD ist Träger der Projekte der »Kommunalen Konfliktberatung«, welche ihre Mitgliedsorganisation Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in den Städten Oranienburg (Brandenburg), Quakenbrück, Osterholz-Scharmbeck (beide Niedersachsen), Tübingen (Baden-Württemberg) und im Hamburger Stadtbezirk Bergedorf durchführt.

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*) wurde im Jahr 1996 mit dem Auftrag gegründet, sich für die »Verwirklichung der Idee eines Zivilen Friedensdienstes« einzusetzen. Das *forumZFD* ist überparteilich und überkonfessionell. Es wird getragen von 39 Mitgliedsorganisationen und etwa 130 Einzelmitgliedern. Gemäß dem Grundgedanken »Frieden braucht Fachleute« bietet das *forumZFD* in seiner Akademie für Konflikttransformation lebens- und berufserfahrenen Menschen Qualifizierungskurse zur Friedensfachkraft und Trainings zu Themen der zivilen Konfliktbearbeitung an. Das *forumZFD* führt Projekte des Zivilen Friedensdienstes in Nahost, auf dem westlichen Balkan und auf den Philippinen durch. Innerhalb Deutschlands unterstützen die Fachkräfte des *forumZFD* als »kommunale Konfliktberater« Stadtgesellschaften, die im Kontext von Migration und Strukturwandel Spannung durchleben.

Impressum

»Konfliktpotenziale als Chance«

Vorschlag eines Handlungskonzepts für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Universitätsstadt Tübingen

Herausgeber

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.

Kontakt

Forum Ziviler Friedensdienst e.V. ■ Abteilung Projekte und Programme
Wesselstraße 12 ■ 53113 Bonn
Telefon: 02 28 85 02 96-50 ■ Fax: 02 28 85 02 96-99
kontakt@forumzfd.de ■ www.forumzfd.de

Lokale Projektumsetzung und Autorin

Sylvia Lustig

Strategische Projektbegleitung

Stadt Tübingen mit der Stabsstelle Gleichstellung und Integration, dem Fachbereich 5 »Familie, Schule, Sport und Soziales« und dem Fachbereich 3 »Bürgerdienste«

Gesamtprojektleitung

Philippe Sufryd


Projektmitarbeit

Monika Gren

Titelseite Fotos

Gerhard Groebe, NeckarAlbMedia (links und rechts),
Franz Pfluegl – Fotostudio Pfluegl (Mitte)

Verlag

 meinhardt Verlag und Agentur
Magdeburgstraße 11 ■ 65510 Idstein ■ www.meinhardt.info

Vorwort

Die Universitätsstadt Tübingen ist gut aufgestellt: Eine Vielzahl sehr professioneller, sozialer und städtebaulicher Maßnahmen und eine hohe Bereitschaft zu gesellschaftlicher Partizipation und Engagement der akademisch geprägten Stadtbevölkerung sind nur zwei Beispiele der guten sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen.

Seit dem Jahreswechsel 2007/2008 jedoch beobachteten die Verantwortlichen in der Stadt mit Sorge verstärkt auftretende Sachbeschädigungen, Konflikte zwischen feiernden Jugendlichen und Anwohnern oder Auseinandersetzungen um Müll und Lärm. Die Stadt entwickelte ein Maßnahmenpaket zur Eindämmung der Konflikte im öffentlichen Raum. Doch die Fragen der Verantwortlichen gingen tiefer: Wo gibt es grundlegende Konfliktpotenziale in der Stadtgesellschaft? Welche Wechselwirkungen lassen sich feststellen? Wie kann an den tieferliegenden Ursachen gearbeitet werden? Wie können die vorhandenen Bearbeitungsinstrumente zu einer Gesamtstrategie zusammengefügt werden?

Ein Schlüsselthema in der Tübinger Stadtgesellschaft ist das Thema Integration: »Integration ist ein komplexer Prozess, der vielerorts zu Spannungen führen kann – auch hier bei uns«, so Boris Palmer, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen. Dr. Susanne Omran, Leiterin der Stabsstelle Gleichstellung und Integration führt aus: »Wir treffen in unserer Arbeit immer wieder auf Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich – zu Recht oder zu Unrecht – benachteiligt fühlen.« Für die Stadt ist die Frage von großem Interesse, wie man die Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstützen kann, ihren Platz in Tübingen zu finden.

Deshalb begrüßten die Verantwortlichen der Stadt den Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland (ArGe ZFDiD), die Situation im öffentlichen Raum zu untersuchen und ein Handlungskonzept zu entwickeln. Gemeinsam wurde ein Antrag auf Fördermittel beim Europäischen Integrationsfonds (EIF) und beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingebracht. Die Erarbeitung des Handlungskonzepts legte die ArGe ZFDiD, nachdem die Bewilligung der Finanzierung erfolgt war, in die Hände ihrer Mitgliedsorganisation Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (*forumZFD*). Im März 2010 nahm das Projektteam des *forumZFD* um die Soziologin, Psychologin und Kriminologin Sylvia Lustig die Arbeit in Tübingen auf.

Die Umsetzung des Projekts unter dem Titel »Integration fördern – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken« erfolgte nach den Prinzipien der »Kommunalen Konfliktberatung«. Kern von »Kommunaler Konfliktberatung« ist der Einsatz von externen und speziell qualifizierten Konfliktberatungsteams und deren zielgerichtete Verzahnung mit den lokalen Akteuren in der Kommune. Das *forumZFD* ist nicht Teil der Tübinger Stadtgesellschaft. Diese Außenperspektive ermöglichte einen anderen Blick auf die aktuelle und zukünftige Lage der Stadt und konnte helfen, neue Netze zu knüpfen.

Das Handlungskonzept wurde in einem aktivierenden Beratungsverfahren erarbeitet. Das Team des *forumZFD* verschaffte sich anhand des verfügbaren Datenmaterials einen Überblick und führte zahlreiche Hintergrundgespräche mit den beteiligten Akteuren in Tübingen. Bewusst wurden die Akteure vor Ort in die Erarbeitung des Handlungskonzepts einbezogen. Es galt, die Handlungsempfehlungen nicht im luftleeren Raum zu entwickeln, sondern gemeinsam mit denjenigen, die an der Umsetzung mitwirken bzw. von ihnen betroffen wären. Dazu zählen z. B. Sozialarbeiter und Anwohnerinnen, Verwaltungsmitarbeiterinnen und Polizisten – mit und ohne Migrationshintergrund, Deutsche wie Ausländer. Mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung der Stadt Tübingen wurde ein Lenkungskreis gebildet. Auf diese Weise konnten die Teilergebnisse der Untersuchung im regelmäßigen Fachaustausch zwischen Stadtverwaltung und *forumZFD* weiterentwickelt und so bereits Voraussetzungen für Umsetzungsschritte geschaffen werden.

Die hiermit vorliegende Studie mit dem Titel »Konfliktpotenziale als Chance. Vorschlag eines Handlungskonzepts für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Universitätsstadt Tübingen« versteht sich als Handreichung, die es den handelnden Personen auf den unterschiedlichen Ebenen der Tübinger Stadtgesellschaft erleichtern soll, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration konfliktensibel zu gestalten. Das Konzept will ein Beitrag zum Diskurs über die Ausgestaltung des Integrationsprozesses in Tübingen sein und dazu Anregungen geben.

Tübingen hat eine im Städtevergleich außerordentlich gute Ausgangsposition. Wie die Studie zeigt, sind die bestehenden Spannungen bei entsprechender Bearbeitung beherrschbar – und eine Chance: eine Chance, die tiefergehenden Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im »Migrationszeitalter« anzugehen; eine Chance Tübingen mit ausgewählten Quartieren zu einem Vorbild auf diesem Gebiet zu machen. Aus Sicht des Projektteams des *forumZFD* und der Verantwortlichen der Stadt haben insbesondere einige Bereiche der Südstadt das Potenzial, zu Modellquartieren für Integration und Inklusion zu werden. Hier wurden in den letzten Jahren gezielt räumliche und städtebauliche Maßnahmen zur interkulturellen und sozialen Durchmischung der Bevölkerung umgesetzt. Die bewusste Ansiedlung einer heterogenen Bewohnerschaft ist auf einem guten Wege. Die bereits vorhandenen Strukturen ermöglichen es, Vernetzung zu festigen und eine neue Qualität des interkulturellen Miteinanders einzuführen, die nachhaltige Auswirkungen auf das Zusammenleben im Gebiet haben. Um die ersten Erfolge nachhaltig zu sichern, hat die Stadt das *forumZFD* gebeten, den Gesamtprozess in den Quartieren im Tübinger Süden über das Jahr 2010 hinaus fachlich zu begleiten.

Die vorliegende Studie bietet Anregungen für die mittel- und langfristige Planung und Projektpraxis und für eine konfliktensiblen Ausrichtung der Integrationsarbeit – in Tübingen, aber auch darüber hinaus. Dafür möchten wir dem Projektteam um und mit Sylvia Lustig herzlich danken. Unser besonderer Dank gilt unseren Partnern bei der Durchführung des Projekts: der Universitätsstadt Tübingen – und hier insbesondere der federführenden Stabsstelle Gleichstellung und Integration, dem Fachbereich 5 »Familie, Schule, Sport und Soziales« und dem Fachbereich 3 »Bürgerdienste« – sowie dem Europäischen Integrationsfonds (EIF) und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ohne ihre tatkräftige, fachliche und nicht zuletzt finanzielle Unterstützung wäre die Durchführung dieses Projekts nicht möglich gewesen.

Integration ist ein Schlüsselthema der Kommunalpolitik. In der Kommune werden die Erfolge, aber auch die Probleme von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen am deutlichsten spürbar. Diese Herausforderungen gilt es kraftvoll und visionär anzupacken.

Tübingen, im Dezember 2010

Henning Niederhoff
Sprecher der Arbeitsgemeinschaft
Ziviler Friedensdienst in Deutschland

Philippe Sufryd
Referent Inlandsprojekte
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Tübingen – Stadtentwicklung und Migration

Die ehemalige Garnisonsstadt Tübingen liegt in der geografischen Mitte Baden-Württembergs und wurde 1078 erstmals erwähnt. Ihre mittelalterliche Altstadt, die über 500 Jahre alte Universität, die Nähe zum Großraum Stuttgart und die umgebende Naturlandschaft ziehen viele junge Menschen und vor allem Studierende – aber auch Ältere – nach Tübingen. Mit einem durchschnittlichen Alter von 38,7 Jahren¹ ist Tübingen eine junge Stadt.

Das breite Angebot an Cafés, Kneipen, Restaurants, Märkten, Theater, Ausstellungen und Diskussionsveranstaltungen gibt Hinweise auf das rege soziale Leben in Tübingen. Zudem verfügt Tübingen über einen großen Einzugsbereich und lockt viele Menschen aus dem Umfeld in die Stadt.

Die Universität prägt die Stadt traditionell. Rund ein Viertel der 87.788 Einwohner/-innen sind Studierende.² Sogar im Landkreis Tübingen liegt der Anteil der Akademiker/-innen mit 14,7% deutlich höher als im gesamten Bundesland mit 11,4%. Gleichzeitig haben im Landkreis 17,9% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keinen Berufsabschluss, was dem Landesdurchschnitt entspricht.³

Die Arbeitslosenquote liegt im Landkreis Tübingen mit 4,5%⁴ unter dem Landesdurchschnitt, wohingegen folgende Zahlen in etwa dem Landesdurchschnitt entsprechen: Von den 1.975 Arbeitslosen sind 18,3% Ausländer/-innen, 73% der Arbeitslosen sind zwischen 25 und 55 Jahre alt und 46,2% empfangen Arbeitslosengeld II (darunter 24,9% Ausländer/-innen).

Eine Besonderheit ist, dass in der Stadt Tübingen knapp 80% aller Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig sind,⁵ während es in der Industrie unterdurchschnittlich wenige Arbeitsplätze gibt. Viele der 20.000 Beschäftigten pendeln über die Gemeindegrenzen hinaus zu ihrem Arbeitsplatz.

25,3% der Einwohner/-innen der Stadt Tübingen haben Migrationshintergrund (vgl. Integrationskonzept der Stadt Tübingen, S. 39), dies liegt leicht unter der Vergleichszahl für das Land Baden-Württemberg mit 26,2% (im Jahr 2009 laut Mikrozensus). Fast die Hälfte der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund ist im Alter zwischen 3 und 18 Jahren. Man kann also sagen, je jünger die Kinder sind, desto größer ist der Anteil mit Migrationshintergrund. Unter den 140 Nationalitäten stammen große Gruppen aus der Türkei (10,5%), Italien (7%), Griechenland (6,7%) oder aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (13,4%). Die Stadtteile Au/Unterer Wert (42,7%), Nord (37,4%) und Südstadt (34,4%) weisen die höchsten Anteile an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund auf (vgl. Integrationskonzept der Stadt Tübingen, S. 44). Innerhalb

dieser Quartiere zeigen sich in der kleinräumigen Betrachtung weitere Schwerpunkte in der Ansiedlung von Menschen mit Migrationshintergrund: Beispielweise ist der Anteil an Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund in der gesamten Südstadt höher als allein im Teilbereich »Französisches Viertel«. Das heißt in einigen Straßenzügen oder Quartieren kommt es zu einer räumlichen Konzentration von Einwohnergruppen mit Migrationshintergrund.

Die Situation an den Schulen in Tübingen stellt sich wie folgt dar: 28,5% der Schüler/-innen haben Migrationshintergrund, wovon 85% in Deutschland geboren sind. Sie sind auf die weiterführenden Schulen unterschiedlich verteilt: An den Gymnasien sind Schüler/-innen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert, an den Realschulen sind sie überrepräsentiert, und doppelt so viele Kinder mit Migrationshintergrund wie Kinder ohne Migrationshintergrund gehen auf die Hauptschulen (vgl. Integrationskonzept der Stadt Tübingen, S. 50).

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1 Die Ergebnisse im Überblick | 7 |
| 2 Situationsanalyse | 10 |
| Potenziale | 10 |
| Öffentliche Ordnung in einer pluralen Stadtgesellschaft (Urbanität) | 11 |
| Lebensqualität für Einzelne und die Gemeinschaft (GeMEINwohl) | 11 |
| Multikulturelles Zusammenleben (Akzeptanz) | 12 |
| Drei Spannungsfelder – Symptome und Konfliktlinien | 12 |
| Das Spannungsfeld »Urbanität und öffentliche Ordnung« mit seinen Symptomen und Konfliktlinien | 15 |
| Das Spannungsfeld »GeMEINwohl« mit seinen Symptomen und Konfliktlinien | 16 |
| Das Spannungsfeld »Akzeptanz« mit seinen Symptomen und Konfliktlinien | 19 |
| 3 Handlungskonzept | 21 |
| Schlussfolgerungen aus der Situationsanalyse | 21 |
| Handlungsempfehlungen | 24 |
| Neckarinsel zwischen Urbanität und öffentlicher Ordnung | 24 |
| Umfeld der Diskothek Top10 zwischen urbanem Freizeitleben, öffentlicher Ordnung und individueller Lebensqualität | 26 |
| Soziale Durchmischung in Bereichen der Südstadt als Balanceakt | 27 |
| Langfristiger Fokus | 27 |
| Endnoten | 30 |
| Quellen zur vertiefenden Beschäftigung | 31 |

1 Die Ergebnisse im Überblick

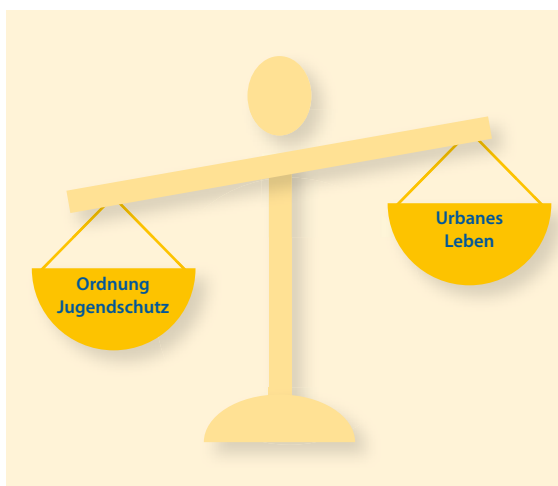
Ausgangspunkt dieser Studie war eine »Problemanzeige« durch die Verwaltung der Stadt Tübingen. Fokus dieser Problemanzeige war die Sorge vor einer Zunahme von Müllablagerung im öffentlichen Raum und Vandalismus. Unklar war, welche Ursachen dieser Entwicklung zugrunde liegen.

- Die vorliegende Studie auf Basis der Befragung von Tübinger Experten und Expertinnen kommt zu dem Ergebnis, dass Vandalismus und Müllablagerung keine (möglicherweise nicht mehr, dies ist rückwirkend nicht zu validieren) zentrale Herausforderung mit hohem Konfliktpotenzial für die Tübinger Stadtgesellschaft darstellen. Müll und Vandalismus waren nicht die wichtigen Themen der Befragten.
- Bei der Betrachtung der Ursachen traf eine große Mehrheit der Befragten die Einschätzung, dass die Beschwerden über Lärm, Müll und Vandalismus zwar punktuell Konfliktpotenzial bergen, keinesfalls jedoch migrationsbedingte Probleme seien (nur 2 von 44 Befragten äußerten, dass sie sich einen direkten Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund involvierter Personen vorstellen können). Eher lägen die Ursachen für derartige Symptome in den Faktoren Alter, finanzielle Ausstattung und Bildung.
- Die Situation in Tübingen ist davon gekennzeichnet, dass es laut einhelliger Aussagen aller Kontaktpersonen aus den unterschiedlichen Bereichen von Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie von Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen im öffentlichen Raum keine hoch eskalierten gesellschaftlichen Konflikte mit Auswirkungen auf öffentliche Orte in Tübingen gibt. Die Mehrzahl der Befragten ist im Wesentlichen sehr zufrieden mit der Situation in der Stadt und sieht keine brennenden Konflikte.
- In der Tübinger Stadtgesellschaft finden sich langjährige Erfahrungen und erprobte Vorgehensweisen in einem konstruktiven Umgang mit Konflikten.
- Es besteht eine vergleichsweise hohe Diskursbereitschaft zum konstruktiven Austausch zwischen Akteuren und Akteurinnen unterschiedlicher Institutionen. Dies zeigt sich bereits an vielen Stellen in institutionalisierten Formen einer breitgefächerten Vernetzung.
- Gleichzeitig erlebt Tübingen typische Spannungen im Zusammenhang mit dem sozialen Wandel der Stadtgesellschaft, bei dem der Zuzug und die gesellschaftliche Integration von Migrantinnen und Migranten eine – wenn auch unterschiedlich zu gewichtende – Rolle spielen: Auf dem Weg zur Urbanität⁶ kommt es derzeit zu Veränderungen, die einen vielschichtigen Balanceakt erfordern. Im Kern stehen sich folgende idealtypisch zugespitzte Positionen gegenüber:

- Zusammenleben in urbaner Vielfalt versus Erhaltung der Ordnung – zum Beispiel im Sinne des Jugendschutzes und im Sinne der Sicherstellung der Aufenthaltsmöglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger auf öffentlichen Straßen und Plätzen zu jeder Tages- und Nachtzeit;
- Sorge um das Gemeinwohl versus individuelle Lebensqualität;
- Herstellung von Akzeptanz durch Toleranz versus Herstellung von Akzeptanz durch Transparenz.

Im Einzelnen zeigen sich somit folgende Spannungsfelder:

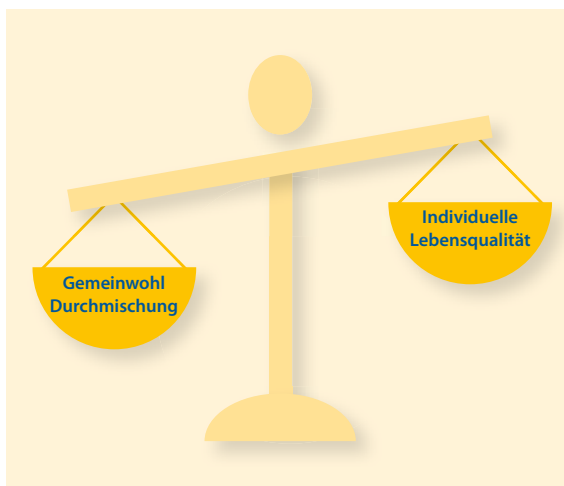
Urbanität und öffentliche Ordnung



Urbanität mit einer Ausdifferenzierung der Lebensstile zeigt sich an öffentlichen Plätzen sehr deutlich. Hier sollen sich alle Menschen aufhalten können, und somit stoßen hier unterschiedliche Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen unmittelbar aufeinander. Speziell die Frage nach der Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung hat in den letzten Jahren in Tübingen an Bedeutung gewonnen, als man die Beobachtung machte, dass »Müll, Vandalismus und Lärmbelästigung« zunahm. Die Stadt fand eine Antwort darauf und etablierte mit dem Ziel der Ausgewogenheit von Prävention und Repression fast zeitgleich den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und die Mobile Jugendarbeit Innenstadt (MJA) – zwei Maßnahmen, die einerseits die Unterstützung junger Menschen in schwierigen Lebenssituationen und andererseits die Erhaltung öffentlicher Ordnung (die auch den Jugendschutz umfasst) zum Ziel haben.

Kurz: Zum einen liegt in diesem Spannungsfeld aktuell weiterhin Konfliktpotenzial, das bereits beobachtet und bearbeitet wird, gleichzeitig findet sich hier jedoch kein ursächlicher Zusammenhang mit Migration oder Integration. Zum anderen haben die zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung ergriffenen Maßnahmen unerwünschte Folgeeffekte mit sich gebracht. Zu nennen ist hier insbesondere die Unzufriedenheit junger Menschen mit dem Kontrollhandeln des Kommunalen Ordnungsdienstes. Hier gilt es – im Sinne der frühen Prävention – auf dieses Konfliktpotenzial zu reagieren, um eine Verhärtung der Fronten zu verhindern.

GeMEINwohl



Individuelle Lebensqualität und das eigene Wohl werden zu bedeutenden Größen in öffentlichen Debatten, wenn es in der Bevölkerung zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität kommt. In Tübingen sind vor allem zwei Bereiche zu beobachten, in denen derartige Konfliktpotenziale versteckt sind: (1) in der sanierten Stuttgarter Straße und ihrem Umfeld sowie (2) im Umfeld der Großraumdisko Top10.

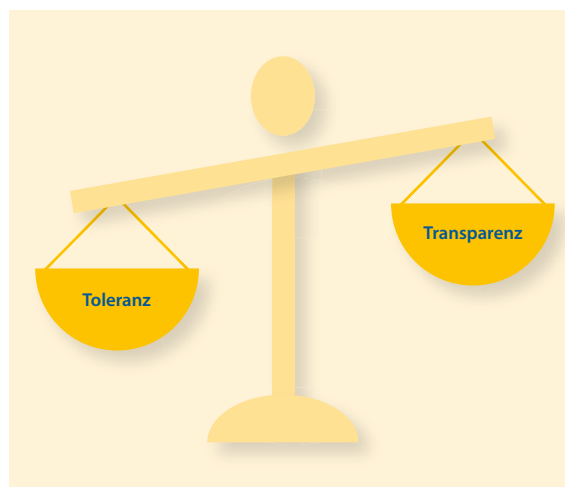
Im Umfeld des Top10 lebten die Anwohner/-innen teils lange Jahre in einer subjektiv als ruhig und sicher wahrgenommenen Umgebung. Durch die Aufnahme des Betriebs der Diskothek Top10 im März 2008 kam es zu Veränderungen, die als Beeinträchtigungen erlebt werden: etwa nächtliche Ruhestörungen durch junge Passanten und Passantinnen oder Beeinträchtigungen der Ordnung auf dem Schulhof der Hügelschule.

Im Bereich der »durchmischten« Stuttgarter Straße gibt es andere Sorgen um individuelles Wohl und Gemeinwohl. Hier kam es einerseits zu sorgenvollen Äußerungen von Bewohnern und Bewohnerinnen, die das neu entstehende

Quartier mit dem Französischen Viertel verglichen haben und nun enttäuscht sind, wenn sie sehen, dass die Lebensstile und die soziale wie finanzielle Ausstattung der Bewohner/-innen in der Stuttgarter Straße weit heterogener sind als innerhalb des Französischen Viertels. Gleichzeitig melden Akteurinnen und Akteure in diesen Quartieren in Anbetracht der umfassenden demografischen Veränderungen Handlungsbedarf an: Es zeigt sich eine schnell wachsende Zahl an Jugendlichen, die einen erhöhten Bedarf an Flächen, Angeboten und unterstützender Begleitung mit sich bringen. Entsprechende Maßnahmen gilt es langfristig vor auszuplanen. Im Gebiet der Stuttgarter Straße und ihrer Umgebung besteht darüber hinaus wohl auch langfristig Unterstützungsbedarf: Zum einen im allgemeinen Sinne der sozialen Absicherung des Projekts der räumlichen Durchmischung von Bevölkerungsgruppen, und zum anderen konkret für die dort ansässigen sozial wie wirtschaftlich benachteiligten Haushalte.

Die These für das Thema GeMEINwohl lautet, dass Maßnahmen zur Durchmischung (Nutzungsdurchmischung im Fall des Top10-Umfelds und soziale Durchmischung im Fall der Stuttgarter Straße), die dem Gemeinwohl dienen wollen, Gefahr laufen, in Konflikt zu geraten mit individuell erwünschter Lebensqualität. Um den sozialen Frieden in durchmischten Gebieten nachhaltig zu sichern, gilt es daher, langfristige Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung zu etablieren (wie zum Beispiel Nachbarschafts- oder Gemeinwesenmediation).

Akzeptanz



Vorab: Die große Mehrzahl der im Rahmen der Studie befragten Personen sehen in Tübingen keine Konflikte, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit Migration und Integration stehen.

Mit der Pluralisierung von Stadtgesellschaften geht auch einher, dass sich die Frage stellt, wie mit diesen Veränderungen umgegangen wird. Anders als in vielen bundesdeutschen Städten kristallisierte sich in Tübingen heraus, dass das Konfliktpotenzial innerhalb der Stadtgesellschaft nicht in der Frage liegt, ob Migranten und Migrantinnen und ihre Organisationen akzeptiert werden, sondern vielmehr darin, wie der Weg zu Akzeptanz aussieht: Während eine Position auf vorbehaltlose Toleranz gegenüber anderen Lebensstilen und Religionen setzt, befürwortet eine andere Position – mit Blick auf bestimmte Beobachtungen, Aktivitäten und Organisationen – die Transparenz von vermittelten Werten und erlebt dies als Voraussetzung für Akzeptanz.

Die Situationsanalyse liefert hier ein vergleichsweise diffuses und divergentes Stimmungsbild, das des genauen Hinschauens bedarf. Daher steht die Bearbeitung dieses Handlungsfeldes nicht an erster Stelle. Vielmehr befindet es sich bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration, die sich bereits kompetent mit Fragen der Integration und Migration in Tübingen befasst, in guten Händen. Unser Hinweis lautet, dass gerade in einer – zum Teil auch durch die öffentliche (Sarrazin-) Debatte um die Rolle des Islam in unserer Gesellschaft – aufgeheizten Stimmung besonderes Fingerspitzengefühl und Kontinuität in der öffentlichen Bearbeitung dieses Themenbereichs gefragt sind. In Tübingen zeigen sich unterschiedliche – ja teils gegensätzliche – Sichtweisen zum einen hinsichtlich des Umgangs mit bestimmten Migrantenselbstorganisationen; und zum anderen hinsichtlich männlicher Jugendlicher, die in muslimischen Familiensystemen aufwachsen, sich im Identitätskonflikt befinden und in staatlichen Institutionen als aggressiv erlebt werden: Soll man genau – und vielleicht auch manchmal eher kritisch – hinschauen? Oder schürt man damit Animositäten gegen Migranten und Migrantinnen und sollte daher eher großzügig über manche Aktivitäten hinwegsehen und Offenheit und Toleranz den Vortritt geben? Die Positionen der Befragten sind unterschiedlich. Eine Befragte lieferte hierzu eine mögliche Erklärung: »Wir wollen wahnsinnig tolerant sein. Das ist sehr wichtig in Tübingen. Das ist auch eine Gefahr und ein möglicher Konflikt, da man vielleicht sofort als rassistisch eingestuft wird, wenn man nachfragt.«

Für die Akzeptanz von Minderheiten und ihren Organisationen braucht es sowohl Toleranz als auch Transparenz. In Tübingen hat eine Entwicklung begonnen, die Akzeptanz von Minderheiten nicht mehr ausschließlich über Toleranz sicherstellen kann. Es erklingen dabei viele besorgte Stimmen von Migranten und Migrantinnen selbst und von Institutionen, die mit Migranten und Migrantinnen arbeiten, die sich um Akzeptanz und Integration bemühen und hierfür Transparenz wünschen bezüglich der Aktivitäten einiger Migrantenselbstorganisationen.

Zusammenfassend:

Die grundsätzlich positive Ausgangslage in der Stadt Tübingen (keine eskalierten Konflikte, umfangreiche Ressourcen, keine negative Kausalverknüpfung von Spannungen mit Migrationsthematik) stellt für sich genommen eine große Chance dar. Tübingen kann sich mit seiner ganzen Kraft und Aufmerksamkeit sowie präventiv den vorhandenen Spannungssituationen widmen.

Dieser Handlungsvorschlag zum konkreten Vorgehen (siehe Prozessvorschlag im letzten Kapitel) setzt darauf, die Spannungsfelder »Urbanität und Ordnung« sowie »GEMEINwohl« vorrangig zu behandeln. Aufgrund oben genannter Einschätzung zum Spannungsfeld »Akzeptanz« empfiehlt das *forumZFD* die prioritäre Bearbeitung folgender Handlungsfelder als praktikabel und Erfolg versprechend:

- Soziale Durchmischung in der Stuttgarter Straße und Umgebung als Balanceakt
- Folgeeffekte des Kontrollhandeln auf der Neckarinsel
- Interessens- und Nutzungskonflikte im Umfeld der Diskothek Top10

2 Situationsanalyse

Potenziale

Die Tübinger Stadtgesellschaft zeichnet sich aus durch vielfältige und umfangreiche Angebote für und aus der Mitte der gesamten Bevölkerung. Die gesamte Stadtgesellschaft ist geprägt von einem äußerst partizipativ gelebten Sozialgefüge, getragen von einem hohen Interesse und Engagement in und an öffentlichen Fragen durch die überdurchschnittlich stark akademisch gebildete Bevölkerung.⁷ Dabei stechen folgende Bereiche hervor:

- Die umfassenden haupt- und ehrenamtlichen Angebote einer Vielzahl Tübinger Institutionen, Vereine und Initiativen von B wie Bildung und Beruf bis W wie Wirtschaft und Wissenschaft⁸ stellen eine im Vergleich mit anderen Städten dieser Größenordnung herausragende Ressource dar.
- In einer außergewöhnlich großen Diskursbereitschaft von staatlichen Akteuren (Kommunalpolitik wie Kommunalverwaltung) und Zivilgesellschaft (zum Beispiel Initiativen, Organisationen, Vereine, Netzwerke) findet sich die wesentliche Basis für eine konstruktive Konfliktkultur.

- Die stadtinternen Diskurse in der Presse (siehe vor allem Leserbriefe in der örtlichen Tageszeitung Schwäbisches Tagblatt) sind der sichtbare Ausdruck einer lebendigen (basis-) demokratischen kommunalpolitischen Kultur, die eine aktive Einmischung der Bevölkerung in die Gestaltung ihrer Stadt widerspiegelt.
- Die vielfältige und weit verzweigte Vernetzung zwischen Verwaltung, Institutionen, Vereinen/ Initiativen und Bürgerinnen und Bürgern ist ein wichtiges Potenzial für die konstruktive Bearbeitung von Konflikten, die häufig quer zu den Zuständigkeiten von Verwaltungseinheiten liegen und deren Kooperation bedürfen.

Vor dem Hintergrund der Fragestellung dieser Studie – gesellschaftliche Konfliktodynamiken im Zusammenhang von Migration und Integration – sind folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Ihre Zuordnung in drei Bereiche erschließt sich in der weiteren Ausführung:



Öffentliche Ordnung in einer pluralen Stadtgesellschaft (Urbanität)

Betrachten wir spezifische Potenziale, die dazu beitragen, dass der Balanceakt zwischen öffentlicher Ordnung und heterogenen Lebensstilen in einer urbanen Gesellschaft gelingen kann, so sind vor allem folgende Maßnahmen zu nennen:

- Kommunalen Ordnungsdienst und Mobile Jugendarbeit wurden 2008 bzw. 2009 als Antwort auf die Beobachtung von Vandalismus und zunehmender Lärmbelästigung gegründet. Sie dienen dazu, den Spagat zwischen Unterstützung junger Menschen in schwierigen Lebenssituationen einerseits und Erhaltung der öffentlichen Ordnung andererseits zu leisten. Das Gelingen des Spagats wird durch die Vernetzung von Mobiler Jugendarbeit und Kommunalem Ordnungsdienst gefördert.
- Die Bestandsaufnahme der Mobilen Jugendarbeit ist ein Instrument, das der veränderten Situation einer von Vielfalt geprägten Stadt gerecht wird.
- Verschiedene Gremien und Runde Tische sichern und fördern gegenseitige Information, gemeinsame Koordination und übergreifende Abstimmung der vielfältigen Aktivitäten (zum Beispiel fachbereichsübergreifende Netzwerke wie der Runde Tisch »Saubere und ruhige Innenstadt« aus Vertreter/-innen von Polizei, Fachbereich Bürgerdienste und Fachbereich Familie, Schule, Sport und Soziales; sowie der Runde Tisch Gewaltprävention mit vielen Akteurinnen und Akteuren unter anderem aus dem schulischen und zivilgesellschaftlichen Bereich).
- Die Jugendhäuser sind in diesem Zusammenhang ein großes Potenzial in einer pluralen Gesellschaft, da sie unter den veränderten Lebensbedingungen von Familien (wie zum Beispiel immer mehr berufstätige Eltern sowie geringere Einkommen) eine Ressource für das gelingende Aufwachsen von Jugendlichen – auch in schwierigen Lebensphasen – darstellen. Sie bieten die Möglichkeit, den friedlichen Umgang mit Andersartigkeit und mit Konflikten auch denjenigen Jugendlichen nahebringen zu können, die bis dato noch nicht die Gelegenheit hatten, dies kennenzulernen.

Lebensqualität für Einzelne und die Gemeinschaft (GeMEINwohl)

Folgende Aktivitäten und Institutionen zählen zu wichtigen Gelingensfaktoren im Bemühen um eine Balance zwischen Gemeinwohl und individueller Lebensqualität:

- Der Begleitkreis Stuttgarter Straße stellt ein vorhandenes Potenzial für die Unterstützung eines fortlaufenden Prozesses zum Aufbau eines »durchmischten« Quartiers dar. Hier kommen unterschiedliche Akteurinnen und Akteure (wie zum Beispiel Vertreter/-innen aus sozialen Einrichtungen, Schulen, Kindergärten und Wohnungsbaugesellschaften) zusammen, um an einem umsetzbaren Konzept für eine städtebauliche und soziale Entwicklung des Quartiers zu arbeiten, das die Interessen der Bewohner/-innen einbezieht. Ziel ist es, die Lebensqualität zu verbessern, ohne die bisherigen Bewohner/-innen zu verdrängen.⁹ Diese Ressource kann eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen der konstruktiven Konfliktbearbeitung sein.
- Dialog Altstadt: Um zu einem für alle Beteiligten tragbaren Umgang mit Open-Air-Veranstaltungen in der Altstadt zu kommen, fanden in den Jahren 2009 und 2010 Gespräche zwischen Stadtverwaltung (Fachabteilung Ordnung und Gewerbe), Bürgerinitiative Altstadt und Veranstaltern statt. Es gelang, im Dialog eine Lösung zu finden, in der individuelle Lebensqualität und Gemeinwohl in einer Form Beachtung fanden, der alle Beteiligten zustimmten¹⁰. Die Gesprächspartner/-innen des *forumZFD* schilderten ein solches Vorgehen als wegweisend im Sinne der Verständigung über unterschiedliche Interessen.
- Ein besonderes Potenzial liegt in der Gemeinwesenorientierung einiger Projekte der Sozialen Arbeit in Tübingen: insbesondere um Gemeinwohl und individuelles Wohl verschiedener Bewohner/-innen in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Hier ist das Projekt NaSe als niedrigschwellige Anlaufstelle für die Bewohner/-innen des Bereichs Stuttgarter Straße/Südstadt eine von den Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen des *forumZFD* viel genannte Ressource: Es berät in allen alltagspraktischen Fragen und kann aufgrund seiner Vernetzung auch auf Angebote anderer Institutionen hinweisen.
- Sowohl die »soziale Durchmischung« der Wohnbevölkerung als auch die Nutzungsdurchmischung in Quartieren der Stadt Tübingen werden als Herausforderung, aber vor allem auch als Chance für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen. Die Mehrzahl der Gesprächspartner/-innen nannte Durchmischung als hilfreiches Instrument zur Verbesserung der

Lebensqualität der gesamten Tübinger Bevölkerung und zum Ausgleich von Gemeinwohl und individuellem Wohl. Verschiedene Gesprächspartner/-innen verwiesen jedoch darauf, wie wichtig es dennoch sei, Durchmischung durchdacht anzugehen, um unerwünschte Folgen langfristig aufzufangen.

Multikulturelles Zusammenleben (Akzeptanz)

Die Akzeptanz von Minderheiten hat in Tübingen einen hohen Stellenwert. Folgende Aktivitäten leisten hierzu einen besonderen Beitrag:

- Multikulturelle Angebote sowie Angebote für Migranten und Migrantinnen¹¹ gibt es in Tübingen in großer Zahl von unterschiedlichen Institutionen – hauptamtlich wie ehrenamtlich. Diese Angebote sind eine hilfreiche Ressource zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass Tübingen für alle Bewohner/-innen zur Heimat werden kann, in der man sich wohl und akzeptiert fühlt.
- Ende 2008 wurde in Tübingen die »Stabsstelle Integration« eingerichtet. Sie trägt unter anderem dazu bei, Integration als (Querschnitts-) Thema in der Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft zu etablieren. Die Einrichtung einer solchen Stelle signalisiert,

dass die Stadtpolitik von einer gestiegenen Bedeutung der Integrationsthematik – auch in Tübingen – ausgeht.

- Über mehrere Jahre hinweg¹² wurde im »Gesprächskreis Integration« und im »Gesprächskreis Internationale Vereine« der institutionalisierte regelmäßige Kontakt zwischen Stadtverwaltung und Migrantenselbstorganisationen gepflegt. Solche Gremien stellen ein bedeutendes Potenzial für die Förderung von Akzeptanz und Transparenz der Aktivitäten von Menschen mit Migrationshintergrund dar. Vor allem den »Gesprächskreis Integration« nannten Gesprächspartner/-innen als Gremium, das die Arbeit der Stabsstelle ergänzt.

Drei Spannungsfelder – Symptome und Konfliktlinien

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand und einhelliger Aussage unserer Gesprächspartner/-innen bestehen in Tübingen derzeit keine hoch eskalierten Konflikte im öffentlichen Raum. Hoch eskaliert wäre ein kommunaler Konflikt, wenn die Konfliktparteien nicht (mehr) in Kontakt miteinander treten wollen und sich gegenseitig gezielt Schaden zufügen. Will man dies auf einer Skala ausdrücken, so fände sich Tübingen im vorderen Bereich der Skala:



* Angelehnt an die Eskalationsstufen von Friedrich Glasl: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Haupt, Bern 9. A. 2009.

Für Tübingen berichteten viele Gesprächspartner/-innen des *forumZFD*, dass erkannte Konflikte aktiv bearbeitet werden:

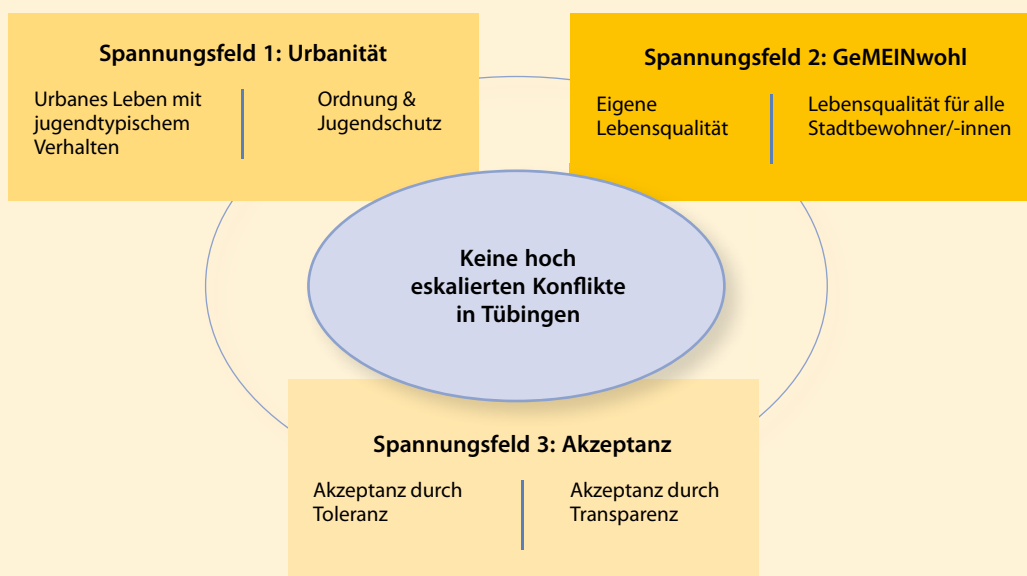
- In einem Konflikt um Lärmbelästigung bei Musikveranstaltungen in der Altstadt verständigten sich die Beteiligten miteinander;
- es wurden Maßnahmen zum Umgang mit Lärm und Müll auf der Neckarinsel ergriffen;
- zum Top10-Umfeld wurde ein Dialog der beteiligten Parteien begonnen;
- es wurde uns kein städtischer Raum bekannt, in den sich bestimmte Menschen nicht mehr hinzugehen trauen;
- es wurde dem *forumZFD*-Team von keinen Konflikten berichtet, bei denen die zuständigen Akteure und Akteurinnen sich überfordert sehen und womöglich die Zuversicht verloren haben, der Konflikt sei transformierbar.

Um die positive Ausgangslage in Tübingen einzuordnen, sei hier ein Hinweis auf die Konfliktsituation in manch anderer bundesdeutscher Stadt erlaubt, in der sich Anzeichen weit eskalierter Konflikte und großer Hilflosigkeit örtlicher Behörden und Institutionen mehren: Die Beschreibungen reichen von Ängsten Jugendlicher, aufgrund ihrer Szenezugehörigkeit bestimmte Straßenzüge zu betreten, über

Bewohner/-innen mit Migrationshintergrund, die sich in bestimmten Quartieren völlig ausgeschlossen und stigmatisiert sehen, bis hin zu massiven Konflikten zwischen Bewohnergruppen ohne und mit Migrationshintergrund wie auch zwischen Migranten und Migrantinnen und Polizei. In einer norddeutschen Mittelstadt geht die Polizei beispielsweise zu gewöhnlichen Feststellungsmaßnahmen nur noch in Mannschaftsstärke oder mit Sondereinsatzkommando in ein Quartier, in dem es regelmäßig Übergriffe auf Polizeibeamte und Polizeiautos gibt und bereits Bedrohungen von Familienangehörigen von Polizeibeamten ausgesprochen wurden. In anderen Städten – etwa in einer Mittelstadt in Süddeutschland und einer Kleinstadt in Ostdeutschland – zeigen sich massive Nutzungskonflikte um bestimmte öffentliche Plätze, von deren Bearbeitung sich die Behörden bereits seit Jahren zurückgezogen haben. Vergleichbares haben die Gesprächspartner/-innen über Tübingen an keiner Stelle berichtet.

Ausgehend von der Abwesenheit eskalierter Konflikte richtete sich der Blick gemeinsam mit den Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen der Analyse auf verschiedene Konfliktpotenziale, die sich in drei übergeordnete Spannungsfelder einordnen lassen. Im Folgenden werden diese zunächst erläutert, um sie in den weiteren Kapiteln als Ordnungskategorien für Themen und Orte sowie Handlungsempfehlungen zu verwenden.

Spannungsfelder in der Tübinger Innenstadt und Südstadt



Die Gesprächspartner/-innen des Projektteams schilderten Symptome im öffentlichen Raum, die auf ein schlummerndes Konfliktpotenzial im Gleichgewicht hindeuten zwischen:

- **Urbanität,**
- **GeMEINwohl sowie**
- **Akzeptanz.**

Eine kleine Geschichte, die dem *forumZFD*-Team aus den Reihen der Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe erzählt wurde, soll verdeutlichen, wie ein solcher Balanceakt in der Praxis aussehen kann: »Immer wieder tragen sich Situationen zu, die in etwa so aussehen, dass wir von einem Bürger gerufen werden – etwa, weil der Straßenmusiker vor seinem Fenster die erlaubte Zeit, die er an einem Platz spielen darf, überschritten hat. Wir gehen hin und bitten den Straßenmusiker, den Platz zu verlassen. Während wir dies tun, können wir sicher sein, dass mindestens ein Passant uns wegen dieser Maßnahme rügt. Die Tübinger wollen alle ganz offen sein, und gleichzeitig wollen sie das nicht vor der eigenen Haustür.«

Als Schwerpunkte konfliktträchtiger Themen im öffentlichen Raum wurden zumeist Orte in der Südstadt und der Innenstadt genannt. Erst zum Ende der Analysephase wurde vereinzelt der Bereich Waldhäuser-Ost genannt, was im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter vertieft werden konnte.¹³

Hinsichtlich konfliktträchtiger Orte im öffentlichen Raum des Stadtgebiets deckten sich die Aussagen der Befragten weitgehend. So nannten die meisten Gesprächspartner/-innen folgende öffentliche Orte (Nennung in alphabetischer Reihenfolge ohne Gewichtung):

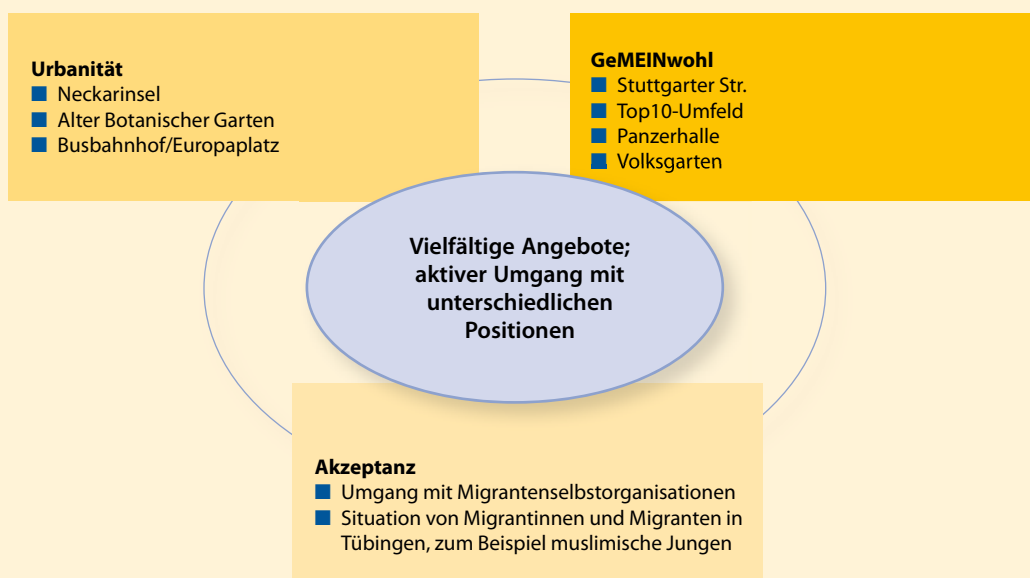
- Alter Botanischer Garten,
- Anlagensee mit Uhlandstraße,
- Europaplatz mit Busbahnhof,
- Neckarinsel/Platanenallee,
- Stuttgarter Straße,
- Umfeld der Diskothek Top10.

Vereinzelt wurden auch der Volksgarten und die Panzerhalle als konfliktträchtige Orte benannt.

Es wurden keine Orte benannt, an denen sich das Spannungsfeld Akzeptanz explizit zeigt. Vielmehr kristallisierten sich für dieses Spannungsfeld symptomatische Themen heraus:

- Umgang mit Migrantenselbstorganisationen,
- Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund in Tübingen (zum Beispiel Wohnsituation, Bildung und Berufssituation von Migrantinnen und Migranten¹⁴ sowie Angebote für einzelne Gruppen wie etwa muslimische Jungen).

Symptomatische Ausdrucksformen der Spannungsfelder in Innenstadt und Südstadt



»Urbanität und öffentliche Ordnung« – Symptome und Konfliktlinien

Eine Vielzahl der benannten Konfliktpotenziale und ihrer Symptome finden ihre Basis im Gegensatz aus Balance und Spannung zwischen den Ausdrucksformen urbanen Lebens und dem Wunsch nach Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung.

(1) »Urbanität und öffentliche Ordnung« auf der Neckarinsel

Zur Situation auf der Neckarinsel wurden dem *forumZFD*-Projektteam folgende Einzelbefunde beschrieben:

- Anwohner/-innen (vor allem aus Uhlandstraße und Neckarhalde) beschwerten sich wegen Lärmbelästigung. Um die Situation einschätzen zu können, liefern wir hierzu absolute Zahlen von der Fachabteilung Ordnung: deren Sonderauswertung¹⁵ zeigt, dass es 2008 bis 2010 dreizehn registrierte Ruhestörungen gab, bei denen die Personalien der »Störer« aufgenommen werden konnten.
- Passanten und Passantinnen stören sich an hinterlassenen Müll sowie Scherben. In der Statistik der Fachabteilung Ordnung sind dies von 2008 bis 2010 weniger als zehn Fälle, die in der Kategorie umweltschädliches Verhalten zu finden sind.
- Die Fachabteilung Ordnung mit dem Kommunalen Ordnungsdienst wird nach eigener Aussage mit zunehmendem Alkoholkonsum im öffentlichen Raum konfrontiert (die Sonderauswertung gibt 2008 und 2009 je einen Fall und 2010 vier Fälle an). Kontaktaufnahme und Kontrollmaßnahmen seien infolge der enthemmenden Wirkung des Alkohols und der dadurch teilweise erhöhten Gewaltbereitschaft erschwert.¹⁶ Die Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe richtet daher ihren Blick zum einen auf Störungen, die Folge von Alkoholkonsum sind, und zum anderen auf Alkoholkonsum von Jugendlichen unter 16 Jahren (§ 9 Jugendschutzgesetz). Gleichzeitig ist sie um den Schutz ihrer KOD-Mitarbeiter/-innen bemüht.
- Eine Sorge der Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe richtet sich auf die unvorhersehbare Ansammlung großer Menschenmengen: Den hiermit verbundenen Risikosituationen könne auch durch die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst – vor allem aufgrund von Personalknappheit auf beiden Seiten – nur begrenzt begegnet werden.
- Die Polizei beobachtet den Ort bei großen Menschenansammlungen, sieht aber aktuell keinen

Handlungsbedarf zur Verbesserung der Sicherheit: »Die polizeiliche Kriminalstatistik weist derzeit nicht auf eine bedrohliche Lage hin.« Dies bestätigt ein Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), in der 2009 für den Bereich der Neckarinsel ein Aggressionsdelikt ausgewiesen ist.

- Die Mobile Jugendarbeit versteht sich – unter anderem – als Vertretung junger Menschen. Die Mitarbeiter/-innen sehen die Problematik auf der Neckarinsel (und an anderen Plätzen an den Rändern der Altstadt) darin, dass es aus ihrer Sicht in der Innenstadt keine Treffmöglichkeiten ohne teuren Konsumzwang gibt.
- Die jungen Menschen wollen selbst bestimmen, wo sie sich aufhalten: »Wir werden überall weggeschickt.« Die Unzufriedenen unter ihnen wünschen sich mehr Gespräch sowie Akzeptanz und Respekt im Umgang des Kommunalen Ordnungsdienstes mit ihnen: »Mit uns Jugendlichen wird ja nicht mehr geredet.«

Kurz zusammengefasst: Die Stadtverwaltung will für (mehr) Ordnung und Jugendschutz sorgen, die Polizei hat ausreichend Sicherheit, die Mobile Jugendarbeit macht sich für die Interessen ihrer Klientel stark, indem sie mehr Räume fordert, Passantinnen und Passanten wollen eine saubere Neckarinsel, Anwohner/-innen wollen ihre (Nacht-) Ruhe und die jungen Menschen wollen mindestens mitbestimmen, wo sie sich wann aufhalten.

Auf der und um die Neckarinsel besteht kein eskalierter Konflikt, dies zeigen die genannten absoluten Zahlen. Jedoch besteht hier Konfliktpotenzial, das dort zutage tritt, wo die Interessen und Bedürfnisse verschiedener Gruppen in Taten umgesetzt werden, ohne dass es gelingt, die Interessen und Bedürfnisse der anderen ausreichend zu beachten (zum Beispiel greift der KOD das Ordnungsbedürfnis der Anwohner/-innen auf, ohne dass die Bedürfnisse der jungen Menschen nach Mitbestimmung und Entfaltung beachtet sind).

Aus dem skizzierten Konfliktpotenzial um die Neckarinsel-Thematik haben sich weitergehende Konfliktpotenziale entwickelt:

- Verschiedene Gesprächspartner/-innen des *forumZFD* berichten von unterschiedlichen Interpretationen der Neckarinsel-Thematik zwischen Polizei und »Fachabteilung Ordnung und Gewerbe«: Erstere sieht – mit dem Fokus auf Sicherheit – momentan keinen Handlungsbedarf; Zweitere hingegen erachtet – mit dem Blick auf öffentliche Ordnung und Jugendschutz – weitere Maßnahmen für die Neckarinsel als notwendig.

- Eine weitere Folgedynamik zeigt sich in den wiederholten, frei geäußerten Situationsbeschreibungen durch im öffentlichen Raum angesprochene junge Menschen, die im Kontrollhandeln des Kommunalen Ordnungsdienstes eine Störung ihres Freizeitverhaltens sehen oder den Eindruck haben, vertrieben und nicht respektiert zu werden.¹⁷

(2) »Urbanität und öffentliche Ordnung« am Europaplatz (mit Busbahnhof und Unterführung Europaplatz-Steinlachallee)

Für diesen Bereich sehen Polizei, Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe und angesprochene Bürger/-innen Herausforderungen im Umgang mit der Vielzahl dort ankommender und abreisender Menschen aus den Tübinger Stadtteilen und den umliegenden Gemeinden. Insbesondere am Wochenende sei hier verstärkte Präsenz notwendig, so die Polizei. Streifenbeamtinnen und -beamte beschwerten sich über einen zunehmend »respektlosen Umgang« junger Menschen mit ihnen als Polizistinnen und Polizisten. Ein weiteres Problem bestünde in zeitweisen Personalengpässen, da seit Aufnahme des Betriebs der Diskothek Top10 in deren Umfeld umfassend Personal gebunden sei. Gleichzeitig wurde kein besonderer Bedarf zur Bearbeitung dieser Konfliktpotenziale genannt. Lediglich die Kommunikation zwischen Polizei und jungen Menschen wurde von einigen Gesprächspartnern und -partnerinnen des *forumZFD* als ein Ansatz für Maßnahmen zur Prävention von Konflikten gesehen. Generell liege dieser Bereich in der Zuständigkeit von Polizei und Mobiler Jugendarbeit. Auch Letztere äußerte keinen Unterstützungsbedarf.

(3) »Urbanität und öffentliche Ordnung« im Alten Botanischen Garten

Bezüglich des Alten Botanischen Gartens nannten die Befragten keinen spezifischen Handlungsdruck, auch das Datenmaterial ist dahin gehend unauffällig. Einzig genannt wurde eine eher diffuse Sorge um Jugendliche, die sich dort treffen. Die nächtliche Beobachtung des *forumZFD*-Teams lieferte einen unauffälligen Befund.

Abschließend ist festzustellen, dass es sich laut Aussagen der Gesprächspartner/-innen bei diesem Spannungsfeld – mit Neckarinsel, Europaplatz und Altem Botanischem Garten – nicht um eine spezifische Migrantenthematik handelt. Unter den in Konfliktsituationen involvierten Personen sind junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Es gibt lediglich zwei Gesprächspartner/-innen, die einen Zusammenhang sehen zwischen dem Verhalten, das Passantinnen und Passanten sowie Anwohnerinnen und Anwohner stört und dem Migrationshintergrund der Personen, über die sich Erstere beschwerten.

»GeMEINwohl« – Symptome und Konfliktlinien

In Tübingen zeigen sich verschiedene Themen und Orte, deren Konfliktpotenziale (nicht Konflikte!) aus der Spannung zwischen dem Wunsch nach Gemeinwohl (etwa mittels sozialer Durchmischung oder Schaffung von Freizeitangeboten für junge Menschen im Allgemeinen) und dem Wunsch nach individueller Lebensqualität resultieren.

(1) »GeMEINwohl« in der Stuttgarter Straße und ihrem Umfeld

Viele deutsche Städte erleben eine Diversifizierung ihrer Bevölkerung hinsichtlich ökonomischer und kultureller Faktoren. Auch bei Kommunalpolitikern und -politikerinnen kleinerer Städte wächst die Sorge vor einer Entwicklung, die in Fachkreisen »Segregation« und umgangssprachlich oft »Ghettobildung« genannt wird. Segregation bezeichnet eine räumliche wie auch soziale und wirtschaftliche Abspaltung von Minderheiten, denen eine freie Wahl des Wohnviertels – meist aus strukturellen Gründen – verwehrt ist und die sich daher in wenigen Stadtteilen konzentrieren; meist handelt es sich um Menschen mit geringen ökonomischen Mitteln, mit bestimmter ethnischer oder kultureller Herkunft oder mit geringem Bildungsstand.¹⁸

Die Stadtverwaltung und die Stadtgesellschaft haben soziale Durchmischung in der Tübinger Südstadt zum Programm gemacht und unterschiedliche Maßnahmen hierzu ergriffen. Das Französische Viertel hat diesbezüglich Vorbildfunktion.¹⁹

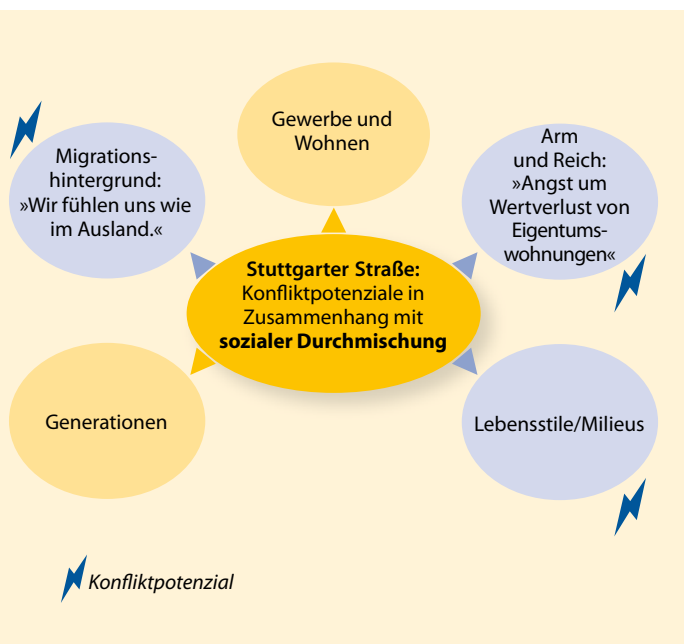
Im Bereich der Stuttgarter Straße, dem Wennfelder Garten und deren Umfeld wurden, und werden umfassende Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen vorgenommen. Die Stadtpolitik verfolgt das Ziel, in diesen Gebieten soziale Durchmischung zu fördern und – sozusagen als Zusatzeffekt und in Wechselwirkung – das Image dieses Wohngebiets zu verbessern.

Soziale Durchmischung in der Stuttgarter Straße

In der Stuttgarter Straße wurde ein umfassendes Sanierungsprogramm gestartet inklusive dem Angebot zum Umzug in andere Stadtteile mit Rückkehrrecht für die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner. Zur Unterstützung des Prozesses wurde ein Begleitkreis gegründet, der eine große Bandbreite an Akteuren (wie zum Beispiel Schulen, Kindergärten, Wohnbaugesellschaft und soziale Arbeit) umfasst.²⁰

Auf der anderen Seite wurde dem Team des *forumZFD* in der Befragung berichtet, dass im Laufe der Umgestaltung und des Einzugs neuer Bewohnerinnen und Bewohner

auch neue Herausforderungen entstanden sind und weiter entstehen: Es kommt zu Unzufriedenheit und Enttäuschung bei den eher finanzstarken Wohnungseigentümern. Sie sehen ihre Lebensqualität durch finanzschwache Nachbarn und Menschen aus anderen Kulturkreisen beeinträchtigt. Nach Auskunft von Befragten überlegen einige, ihre Wohnungen wieder zu verkaufen.



Die unterschiedlichen Interessen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Stadtpolitik und Stadtverwaltung sind an einer durchmischten friedlichen Koexistenz ihrer Einwohner/-innen interessiert, sie wollen Segregation verhindern und die Attraktivität (bestimmter Bereiche) der Südstadt steigern.
- Das Anliegen der Wohnbaugesellschaft ist es, Wirtschaftlichkeit und soziales Miteinander zu verbinden. Ein Vertreter äußert sich zuversichtlich: »Die Lage in der Stuttgarter Straße haben wir entschärft.« Und: »Alle früheren Bewohner, die zurückkehren wollen, können dies tun.«
- Die Vertreter/-innen der sozialen Arbeit setzen sich für ihre Klienten und Klientinnen und deren Interessen sowie für die Entwicklung eines funktionsfähigen Gemeinwesens ein und wollen aufmerksam sein, was die aktuellen Entwicklungen angeht: »Durchmischung ja, aber es darf weder die Lebensqualität der Eigentümer noch der Mieter leiden.«

- Die Sicht der Wohnungseigentümer/-innen und Mieter/-innen wurde bislang ausschließlich durch Aussagen von Mitgliedern des Begleitkreises beleuchtet. Diese meinen,
 - dass sich die Wohnungseigentümer/-innen ihre Lebensqualität und den Wert ihres Eigentums sichern wollen: »Einige neue Wohnungseigentümer in der Stuttgarter Straße haben bereits überlegt, ihre Wohnungen in diesem Gebiet wieder zu verlassen.«
 - dass die Mieter/-innen Interesse an bezahlbarem Wohnraum haben und darüber hinaus ihren (kulturell geprägten) Lebensstil leben wollen, um sich zu Hause zu fühlen – in einem vielleicht noch fremden Land.
- Darüber hinaus gibt es Stimmen (»Wir fühlen uns wie im Ausland.«), die darauf hinweisen, dass neue Bewohner/-innen irritiert oder gar unzufrieden sind über die Zahl der Migranten und Migrantinnen in ihrer Straße.

Hier deutet sich Konfliktpotenzial zwischen Bewohnern und Bewohnerinnen in unterschiedlichen Lebenssituationen, in verschiedenem Alter, mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft und mit unterschiedlichen Interessen an, das für die Zukunft sozialer Durchmischung eine Gefahr darstellen kann.

Soziale Durchmischung in anderen Bereichen der Südstadt

Ähnliche Herausforderungen im Zuge sozialer Durchmischung deuten sich für den aktuellen Sanierungsbereich »Wennfelder Garten« an. Dieses Gebiet befand sich im Rahmen der vorliegenden Studie nicht im Fokus. Einige kritische Aussagen, die Sozialstruktur und die Geschichte des Gebiets deuten jedoch darauf hin, dass die Themen ähnlich gelagert sein könnten.

Auch im Bereich der Panzerhalle geht es um die Balance zwischen Gemeinwohl und individueller Lebensqualität von Anwohnern und Anwohnerinnen. Ein Beitrag zum Gemeinwohl ist die Möglichkeit der Nutzung dieses Ortes zum Spielen und Sichaufhalten – die Panzerhalle wurde bei der Restrukturierung des Französischen Viertels bewusst mit diesem Ziel umgenutzt. Gleichzeitig sehen einzelne Anwohner/-innen ihre Lebensqualität beeinträchtigt durch das – lautstarke – Verhalten junger Menschen vor ihrem Schlafzimmerfenster sowie durch Müll und Scherben.²¹

(2) Nutzungsdurchmischung im Bereich der Diskothek Top10

Die Thematik rund um die Großraumdiskothek Top10 in der Reutlinger Straße stellt einen derzeit bereits in Bearbeitung befindlichen Konflikt dar. Im Bereich der angrenzenden Wohngebiete sehen Anwohner/-innen zum einen ihre Lebensqualität beeinträchtigt durch Verunreinigung von Straßen und Vorgärten sowie durch Lärm bis morgens um 6:00 Uhr.²² Zum anderen fürchten sie eine Wertminderung bei ihren Immobilien. Aus ihrer Sicht fing das Problem mit der Eröffnung der Großdiskothek Top10 an. Sie zieht bis zu 2.000 Besucher/-innen pro Öffnungstag an. In der Folge hätten auch die »Fast-Food-Betriebe der Umgebung ihre Öffnungszeiten dem Top10 angepasst und ziehen so weitere nächtliche Gäste an, welche die Disko gar nicht besuchen«, so der stellvertretende Sprecher der Bürgerinitiative »STop Ten – Leben ums Depot!«. ²³ Die Personen halten sich laut Anwohnern und Anwohnerinnen nicht nur in der Diskothek und auf deren Parkplatz auf, sondern bewegen sich in Gruppen durch das Wohngebiet, finden Aufenthaltsorte im Freien – wie zum Beispiel den nahegelegenen Schulhof – und verköstigen sich an Tankstelle, McDonald's und Imbissbuden. Belastungen bestehen aus Sicht der Bürgerinitiative vor allem in den Wohnungen der Depot-Gebäude und in den Häusern nahe dem Parkplatz am Marktkauf. Die Unzufriedenheit mit der Situation besteht nach Aussagen eines Sprechers der Bürgerinitiative – mit kleinen Erleichterungen – weiter. Die Bürgerinitiative wünscht sich demnach – neben spürbaren Maßnahmen zur Reduzierung von Müll und Lärm – Signale der Stadtverwaltung, die Dialogbereitschaft und die Bereitschaft zum Einstehen für ihre langjährigen Bürgerinnen und Bürger zeigen.

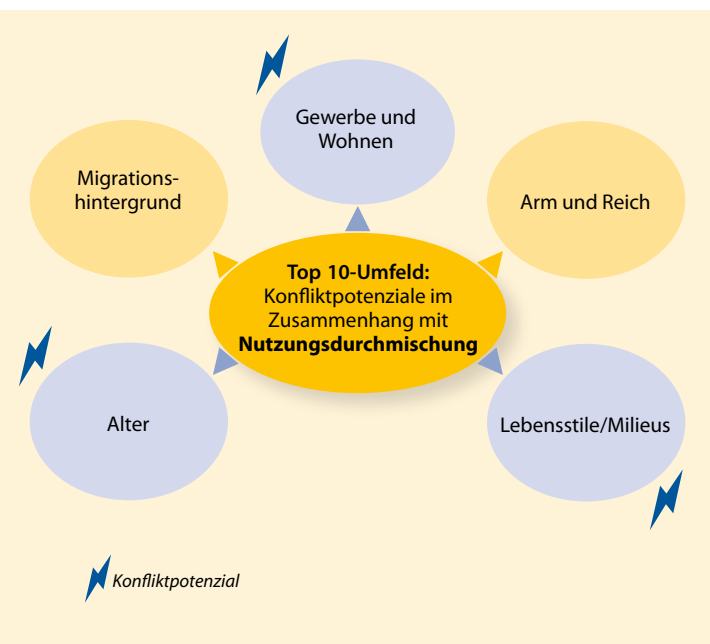
Anders die Sicht des Fachbereichs Bürgerdienste, wonach es im nahen Umfeld der Diskothek derzeit zu keinen besonderen Beschwerden kommt: Für den Bereich der zugehörigen Parkplätze wurde ein privater Sicherheitsdienst verpflichtet. Dort treten laut Aussagen aus der Stadtverwaltung derzeit keine besonderen Probleme auf. Mit Anwohnern und Anwohnerinnen der angrenzenden Gebäude (Depot, Studentenwohnheim) gibt es laut Fachbereich Bürgerdienste derzeit ebenfalls keine Konflikte, die akuten Handlungsbedarf mit sich bringen. Gleichzeitig liegt hier ein schlummerndes Konfliktpotenzial: Die im Bebauungsplan auf der Basis von Gutachten vorgesehenen Grenzwerte bezüglich der Lärmbelastung wurden aus bislang unbekanntem Gründen nicht eingehalten. Auch dies greift die Bürgerinitiative auf.

Das Konfliktpotenzial rund um das Thema Top10 besteht vor allem zwischen Gemeinwohl und individueller Lebensqualität: Die Entscheidung für eine Großdiskothek innerhalb der Stadt wurde vom Gemeinderat explizit gewünscht, um es jungen Menschen zu ermöglichen, die Diskothek

ohne Auto, zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Hierzu wurde eigens ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erstellt, der die besondere Situation in einem Mischgebiet regelt. Diese Entscheidung bringt in diesem Fall Einschränkungen der Lebensqualität einiger Bürger/-innen mit sich, die aus Sicht des Fachbereichs Bürgerdienste hinzunehmen sind zugunsten einer vorliegenden Entscheidung für das Gemeinwohl.

Derzeit sind die Stadtverwaltung und der Gemeinderat damit befasst, eine Lösung zu erarbeiten, die eine Verkürzung der Sperrzeit – das heißt verlängerte Öffnungszeiten – allein am Mittwoch vorsieht. Hiermit würde sich die ausgesprochene Sperrzeitverkürzung innerhalb der gesetzlichen Fristen auf eine Stunde an einem Wochentag begrenzen. Die Stadtverwaltung bemüht sich gegenwärtig um eine Entscheidung des Regierungspräsidiums, in der der Widerspruch gegen eine regelmäßige Sperrzeitverkürzung um wöchentlich eine Stunde (von Mittwoch auf Donnerstag) als unbegründet zurückgewiesen wird und mithin die Vorgehensweise der Stadtverwaltung mitgetragen wird.

Die von Anwohnern und Anwohnerinnen gewünschte Sperrzeitverlängerung – das heißt Verkürzung der Öffnungszeiten der Diskothek – würde aus Sicht der Stadtverwaltung den Interessen eines Teils der Bevölkerung und dem ursprünglichen Beschluss des Gemeinderats nicht gerecht werden sowie den Bestand der Diskothek gefährden. Die ursächliche Problematik liegt aus Sicht der Anwohner/-innen in der Eröffnung der Diskothek auf Basis eines umstrittenen Bebauungsplans. Aus Sicht der Stadt hingegen liegt das Problem ursächlich in der Verkürzung der Sperrzeiten in der Gastronomie sowie im Verhalten der Diskobesucher/-innen und Passantinnen und Passanten.



Zentrale Akteure und Akteurinnen in diesem Bereich:

- Die Bürgerinitiative »STop Ten« mit rund 30 Anwohner/-innen sorgt sich um ihre Lebensqualität und ist unzufrieden über den Austausch mit der Stadtverwaltung.
- Der Betreiber der Diskothek verfolgt vorrangig wirtschaftliche Interessen und sieht seine Existenz bedroht, wenn den Wünschen der Bürgerinitiative entsprochen würde: »Mit früherem Schluss als 5 Uhr kann keine Großdisko in Deutschland überleben«, sagt er.²⁴
- Die Stadtverwaltung (vor allem die Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe) will mit dem Angebot einer Großdiskothek dem Gemeinwohl dienen und trägt gleichzeitig Verantwortung für die Erhaltung von öffentlicher Ordnung und Wohnqualität im Stadtgebiet.
- Der Gemeinderat hat den Bebauungsplan inklusive Großdiskothek innerhalb der Stadtgrenzen genehmigt und sieht sich nun den Beschwerden der Anwohner/-innen gegenüber.
- Die Polizei ist zuständig für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und muss für das Umfeld der Großdisko Personal bereitstellen, das anderswo fehlt.
- Am Rande sind auch der private Sicherheitsdienst und die Gewerbetreibenden im Umfeld (vor allem Tankstelle und Fast-Food-Anbieter) Konfliktbeteiligte mit primär wirtschaftlichen Interessen.

Eine Konfliktlinie verläuft zwischen Kommunalpolitik und Stadtverwaltung als Genehmigungsbehörde auf der einen Seite und den Anwohnern und Anwohnerinnen, die in der Bürgerinitiative organisiert sind, auf der anderen Seite. Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen dem Betreiber des Top10, der Tankstelle und den Fast-Food-Anbietern einerseits und den sich beeinträchtigt fühlenden Anwohnern auf der anderen Seite. Außerdem deutet sich eine – noch inaktive – Konfliktlinie zwischen Stadtverwaltung/ Stadtpolitik und Betreiber der Diskothek an.

»Akzeptanz« – Symptome und Konfliktlinien

(1) »Akzeptanz« von Migrantenselbstorganisationen mit Bezug zum Islam

Verschiedene Tübinger Bewohner/-innen mit relevanten Schlüsselfunktionen (in Schule, Migrantenselbstorganisationen und Verwaltung) äußern Befürchtungen bezüglich der Aktivitäten von Institutionen, die sie als »muslimisch«, »fundamentalistisch« und/oder »antidemokratisch« wahrnehmen. Dies sind Einzelmeinungen, aber von relevanten Personen. Von anderer Seite wird dem vehement widersprochen.

Eine im Rahmen dieser Studie nicht näher untersuchbare Thematik, inwiefern der Islam ein Konfliktfaktor in Tübingen ist oder nicht, lässt sich dennoch zu der Feststellung weiterentwickeln, dass es ein Konfliktpotenzial relevanter Tübinger Akteurinnen und Akteure über die Herangehensweise an diese Fragen zwischen Toleranz, Political Correctness, Transparenz und Angst gibt.

Die Situationsanalyse kann hier bislang nur ein diffuses Bild aus Einzelwahrnehmungen zeichnen. Die betroffenen Institutionen wurden im Rahmen der Analyse mit den folgenden Aussagen nicht konfrontiert. Dementsprechend kann die Studie hier noch kein schlüssiges Gesamtbild darlegen. Folgende Positionen werden von einzelnen Personen vertreten:

- Vertreter/-innen von Migrantenselbstorganisationen, die nach ihrer Selbsteinschätzung einen demokratischen Anspruch haben, äußerten Bedenken hinsichtlich einer bestimmten Migrantenselbstorganisation: »Ich finde es gefährlich, wenn XY seine Schüler heimlich zum Islamunterricht verpflichtet.« Das heißt, hier bestehen Bedenken hinsichtlich Offenheit und Ehrlichkeit des Angebots und hinsichtlich der Vermischung von schulischer Bildung und religiöser Bildung.

- Ein Vertreter einer Schule, in der Kinder mit Migrationshintergrund einen hohen Anteil stellen, sorgt sich um deren Integration in die Mehrheitsgesellschaft mit demokratischen Grundwerten, wenn er an die Aktivitäten einer anderen Migrantenselbstorganisation denkt: »[Die Institution X] bindet immer mehr Jugendliche, die sich oberflächlich anpassen und somit vom Dialog nicht erreicht werden bzw. aus dem Kontroll- und Zugriffsbereich demokratischer Gesellschaft geraten.«
- Eine Person, die selbst Migrationshintergrund hat, beschreibt die Situation von Eltern mit Migrationshintergrund: »Die Eltern suchen nach Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. Die einen wenden sich an die Schule, die anderen vertrauen dem Angebot von X [eine Migrantenselbstorganisation, Anmerkung der Autorin].«
- Vertreter/-innen der Verwaltung vermuteten, dass es eine noch auffälligere Organisation geben könnte in Tübingen: »Vielleicht ist der Verein Z noch auffälliger.«
- Hinsichtlich einer weiteren Migrantenselbstorganisation wurden wir mit divergierenden Sichtweisen konfrontiert. Von einer Person mit Migrationshintergrund hörten wir: »Der Verein Y besteht derzeit vor allem aus Gebetsraum und Männertreff.« Von anderen Migranten und Migrantinnen hingegen hörten wir von dem Bemühen dieses Vereins um Nachhilfe und um Angebote für Frauen.

(2) »Akzeptanz« von Tübingerinnen und Tübingern mit Migrationshintergrund

Ähnlich verhält es sich mit dem Umgang mit Menschen, die Migrationshintergrund haben und von manchen Menschen als »auffällig« erlebt werden.

Hier kristallisierte sich in der Befragung vor allem die Gruppe der »Jungs mit türkischen oder arabischen Wurzeln« heraus, die »in patriarchalisch strukturierten Familien aufwachsen« und mit dem Hinaustreten in die Öffentlichkeit auf eine um Gleichberechtigung der Geschlechter bemühte sowie durch Leistungsdenken geprägte Gesellschaft treffen. So äußerte sich eine Person aus dem Tätigkeitsbereich der Schulsozialarbeit folgendermaßen: »Schüler, die in patriarchalen Strukturen aufwachsen und nun etwa eine Lehrerin respektieren sollen, werden zum Teil aus der Zerrissenheit heraus aggressiv oder auffällig.«

Weitere Bedenken äußert eine Person, die einer Institution angehört, die um die Integration von Migrantinnen und Migranten bemüht ist. Sie sieht einen Kulturkonflikt, der es insbesondere jungen männlichen Muslime mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund schwer mache, eine klare Identität mit einem angemessenen Selbstwert zu entwickeln: »Türkische oder auch arabische Jungs befinden sich zwischen Prinz und Niemand.«

Eine gewisse Veränderung der Situation wurde in jüngster Zeit durch die Ganztagsangebote der Schulen erreicht. Diese stellen eine staatliche Alternative dar zu Angeboten, die manche Gesprächspartner/-innen hinsichtlich ihrer Integrationsabsicht mit Sorge betrachten (siehe oben).

Dieses Spannungsfeld umfasst Themen, deren Konfliktpotenziale innerhalb des gemeinsamen Strebens nach Akzeptanz von Andersartigkeit und Vielfalt liegen: Die Spannung entsteht an der Stelle, wo der Wunsch nach Toleranz und der Wunsch nach Transparenz unterschiedliches Handeln nach sich ziehen würden – wengleich beide Positionen um Akzeptanz bemüht sind.

Momentan scheint es so, dass von einer großen Mehrheit ein Handeln im Sinne der Toleranz vertreten wird, und gleichzeitig brodeln die Gerüchteküche.

Die **Konfliktlinie** verläuft hier zwischen den idealtypisch zugespitzten Positionen

- »Akzeptanz durch vertrauensvolle Toleranz« und
- »Akzeptanz auf der Basis von Transparenz«.

Es scheint uns, dass es so manche Akteurinnen und Akteure gibt, die beide Positionen in sich tragen und hin und her gerissen sind zwischen ihnen.

3 Handlungskonzept

Schlussfolgerungen aus der Situationsanalyse

Die Situation in Tübingen ist zuallererst davon gekennzeichnet,

- dass es laut einhelliger Aussagen aller Kontaktpersonen aus den unterschiedlichen Bereichen von Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen im öffentlichen Raum keine hoch eskalierten gesellschaftlichen Konflikte mit Auswirkungen auf öffentliche Orte in Tübingen gibt;
- dass an vielen Stellen der Tübinger Stadtgesellschaft langjährige Erfahrungen und erprobte Vorgehensweisen im konstruktiven Umgang mit Konflikten bestehen;
- dass in der Stadtgesellschaft eine vergleichsweise hohe Bereitschaft zum Austausch vorliegt, die eine sichtbar breit gefächerte Vernetzung zur Folge hat;
- dass die Mehrzahl der Befragten im Wesentlichen sehr zufrieden ist mit der Situation in der Stadt und keine brennenden Konflikte sieht.

Die Abwesenheit eskalierter Konfliktsituationen stellt für sich genommen eine große Chance dar. Eine akute, kraftraubende und langjährige Konfliktbearbeitung ist nicht notwendig. Tübingen kann sich vielmehr mit seiner ganzen Kraft und Aufmerksamkeit sowie präventiv den Situationen widmen, aus denen möglicherweise mittelfristig Konflikte entstehen könnten: den sogenannten Konfliktpotenzialen.

Um auf dieser positiven Situation weiter aufzubauen, empfehlen wir die Beschäftigung mit den drei auf Basis der Gespräche vor Ort definierten Spannungsfeldern:

- »Urbanität und öffentliche Ordnung«
- »GeMEINwohl«
- »Akzeptanz«

Da diese Spannungsfelder ein spezifischer Ausdruck der Tübinger Stadtgesellschaft mit ihren besonderen historischen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen sind, gehen wir davon aus, dass es auch lokaler Lösungen bedarf, die von der Stadtgesellschaft – inklusive Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern – getragen werden. Lokale Probleme brauchen auch lokale Lösungen: Betrachten wir die Ursachen eines Konflikts und gehen hierzu in Kontakt mit den Beteiligten, so steckt die Lösung bereits im Konflikt, und unsere Aufgabe ist es, genau zu beobachten und genau hinzuhören, wo sich Ansätze hierzu finden.

Die benannten Spannungsfelder sind aus Sicht des Konfliktexperten Ausdruck des sozialen Wandels, den die Tübinger Stadtgesellschaft durchläuft. Im Einzelnen zeigt sich dieser Wandel folgendermaßen:

Für den Bereich der Neckarinsel ...

- ... scheint vieles gleich geblieben zu sein: zum Beispiel die Neckarinsel als Treffpunkt junger Menschen in den Sommermonaten und die Beschwerden zur Lärmbelästigung;
- ... verändert hat sich offenbar das Alkohol-Konsumverhalten junger Menschen im öffentlichen Raum, das durch ein in der Folge teils erhöhtes Aggressionspotenzial zu Konflikten zwischen diesen jungen Menschen und dem Kommunalen Ordnungsdienst beiträgt. Ob die Beteiligten über Migrationshintergrund verfügen, hat nach Aussage der meisten Befragten keinen entscheidenden Einfluss.
- ... liegt ein Konfliktpotenzial im Umgang von Kommunalem Ordnungsdienst und jungen Menschen. Beide Seiten sind unzufrieden mit dem Verhalten der anderen. Hier deutet sich an, dass es Bedarf in der Verständigung und im respektvollen Umgang miteinander geben könnte.

Für den Bereich Stuttgarter Straße und Wennfelder Garten ...

- ... besteht die Veränderung in der Sanierung im Geiste sozialer Durchmischung als Vorhaben von Stadt und Wohnungsbaugenossenschaft GWG. Dies hat zu vielen Fragen geführt, die Herausforderung und Chance zugleich sind.

Für die Anwohner/-innen des an das Top10 angrenzenden Wohngebiets ...

- ... ist es die Eröffnung der Großdiskothek, die eine neue Situation mit Konfliktpotenzial geschaffen hat.

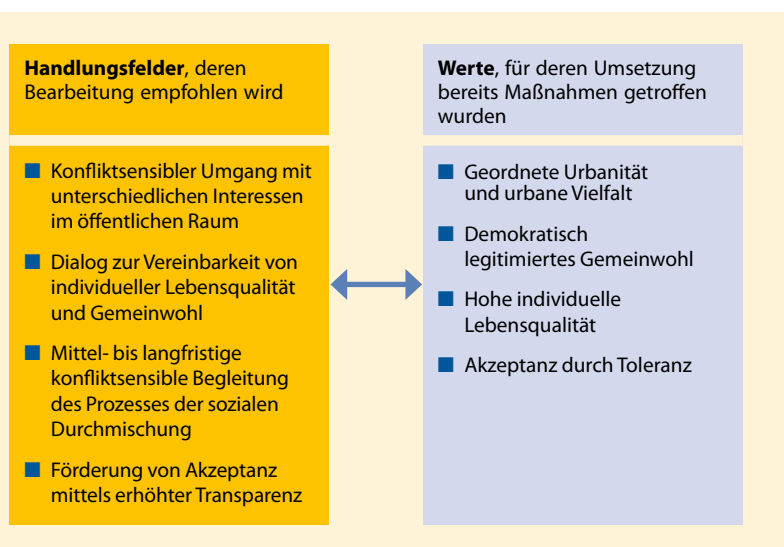
Für das Thema »Akzeptanz« liegt die Veränderung ...

- ... im Zuge der Pluralisierung der Stadtgesellschaft und wohl auch vor dem Hintergrund einer bundesweiten Debatte um das Thema Islam und Integration (Sarrazin-Debatte) in der neuen Heterogenität der Stimmen zum Umgang der Stadtgesellschaft mit Migrantinnen und Migranten und Migrantenselbstorganisationen – und vielleicht sogar zur Frage der Toleranz im Allgemeinen.

In allen drei Spannungsfeldern gilt nach Einschätzung des *forumZFD* und mit Blick auf die vorhandenen Potenziale in Tübingen: bereits bestehende Ansätze ergänzen und aufwerten und nicht etwa ersetzen. Ziel soll es sein, immer wieder kreative Ideen zu entwickeln, um das Gleichgewicht

zwischen »Urbanität und öffentlicher Ordnung«, »Gemeinwohl und individueller Lebensqualität« sowie »Akzeptanz durch Toleranz und Transparenz« herzustellen oder zu erhalten.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Ressourcen und der analysierten Konfliktpotenziale und ihrer Gewichtung lassen sich die drei benannten Spannungsfelder in Handlungsfelder für nachhaltig wirksame Konfliktbearbeitung überführen:



Urbanität und öffentliche Ordnung

Im Handlungsfeld Urbanität und öffentliche Ordnung liegt das zentrale zu bearbeitende Konfliktpotenzial in der Nutzung der Neckarinsel und ihren Auswirkungen.

Für den Bereich des Europaplatzes und seiner Umgebung (wie zum Beispiel Busbahnhof und Unterführung Europaplatz–Steinlachallee) ergab die Analyse, dass sich hier Mobile Jugendarbeit und Polizei in der Zuständigkeit sehen und die vorhandenen Konfliktpotenziale mit ihren Mitteln bearbeiten wollen.

Im Alten Botanischen Garten zeigt die Studie weniger virulente Konfliktpotenziale. Dieser Bereich ist daher nachrangig zu behandeln.

Bei genauer Betrachtung der Situation auf der Neckarinsel zeigt sich – jenseits von Verurteilungen und Schuldzuweisungen – zunächst, dass sich immer wieder Passantinnen und Passanten, Anwohner/-innen oder Vertreter/-innen der Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe als Gruppe,

die beruflich angehalten ist, sich mit der Situation zu befassen, an bestimmten Verhaltensweisen junger Menschen im öffentlichen Raum stoßen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Verhalten wie Gruppenbildung mit Alkoholkonsum und Lautstärkeausstrahlung, das Ausdruck des Bedürfnisses nach Gemeinschaft, Spaß, Freiheit und Selbstbestimmung ist. Dies kollidiert jedoch mit den Bedürfnissen anderer Menschen nach Ruhe, Ordnung und Rücksichtnahme.

Eine wesentliche Ursache der in diesem Zusammenhang zunehmend auftretenden Probleme besteht nach Auswertung der durchgeführten Befragungen in der zunehmenden Regulierung des gesamten öffentlichen Raums. Ein großer Teil der Gesprächspartner/-innen des *forumZFD* betont, dass in den letzten Jahrzehnten jene Flächen ohne pädagogischen Zugriff, die jungen Menschen zur freien Gestaltung überlassen werden, drastisch reduziert wurden. Dies habe dazu geführt, dass jugendspezifisches Verhalten, das in den vergangenen Jahrzehnten in einem Erprobungsraum »zum Abstoßen der Hörner« geduldet war, nun an Plätzen auftritt, an denen es auf Menschen mit anderen Bedürfnissen trifft. Entsprechend häufen sich Beschwerden und Anzeigen.

Ansatzpunkte für die Bearbeitung des hier schlummernden Konfliktpotenzials liegen:

- in den ausbaufähigen kommunikativen Kompetenzen des Kommunalen Ordnungsdienstes,
- in der (teils geringen) Empathiefähigkeit von (jungen) Menschen,
- in der Unterstützung der Verständigung zwischen jungen Menschen und Kommunalem Ordnungsdienst.

GeMEINwohl

Es ist davon auszugehen, dass die Balance zwischen Gemeinwohl – für Bewohner/-innen, (Freizeit-) Touristen und Touristinnen, Einheimische und Zugereiste, Studierende etc. – und individueller Lebensqualität nicht selbstverständlich gegeben ist, sondern als Gegenstand öffentlicher Aushandlung in Bürgerinitiativen, städtischen Gremien und Ähnlichem der aktiven und regelmäßig wiederkehrenden Bearbeitung bedarf.

Hier sehen wir in Tübingen bereits eine Vielzahl konstruktiver und wirksamer Ansätze, auf die in Zukunft weiter aufgebaut werden kann. Insbesondere der aktiven Bearbeitung vorhandener Konfliktpotenziale kann noch mehr Beachtung geschenkt werden. Vermittlung etwa im Sinne von Gemeinwesen- oder Nachbarschaftsmediation kann vorhandene Maßnahmen wirkungsvoll ergänzen.

Im Handlungsfeld Gemeinwohl ist der Fokus laut der Analyseergebnisse auf die städtischen Räume Stuttgarter Straße (mit Umgebung) und Top10-Umfeld zu richten.

Stuttgarter Straße und Umfeld

Um im Bereich der Stuttgarter Straße das Projekt der »sozialen Durchmischung« zu dauerhaftem Erfolg zu führen, gilt es, die mittelfristigen Herausforderungen eines solchen Prozesses zu beachten. Hilfreiche Hinweise hierfür sind Verunsicherung und Unzufriedenheit bei den Bewohner/-innen mit all ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen. Dies gilt es im Auge zu behalten. Hierbei kommt der Vermittlung in nachbarschaftlichen Konflikten eine besondere Bedeutung zu.

Die Situation stellt sich der Sache nach in den Bereichen Wennfelder Garten und Panzerhalle vergleichbar dar. Hinsichtlich der Virulenz der Thematik sind diese beiden Räume jedoch deutlich nachrangiger zu betrachten.

Top10-Umfeld

Im Fall des Top10 liegt hier ein Konflikt vor, der sich derzeit bereits in Bearbeitung befindet. Nach Einschätzung des *forumZFD* liegt darin eine Chance zur Weiterentwicklung der bereits vorhandenen konstruktiven Konfliktbearbeitungsansätze. Die Grundlage für einen offenen Dialog kann geschaffen werden, indem die jeweils unterschiedlichen Interessen von Stadtverwaltung, Betreiber und Bürgerinitiative unmissverständlich benannt und gegenseitig gewürdigt werden. Da es sich um einen laufenden Prozess handelt, müsste man zum betreffenden Zeitpunkt den aktuellen Stand eruieren, um dann über angemessene Maßnahmen zu entscheiden.

Akzeptanz durch Toleranz und Transparenz

Im Handlungsfeld »Akzeptanz durch Toleranz und Transparenz« besteht aus Sicht des *forumZFD* das Bearbeitungspotenzial darin, Akzeptanz für bestimmte Gruppen oder Aktivitäten zu ermöglichen, indem die in Tübingen fest verankerte weltoffene Toleranz ergänzt wird durch das Herstellen von Transparenz und klarer Ansprache von Ängsten, ohne diese überzubewerten. Dies ermöglicht, auch so manche Bedenkenträger/-innen »mitzunehmen« und Ängste und Sorgen von Bürger/-innen und Funktionsträgern und Funktionsträgerinnen ernst zu nehmen.

Einige Befragte nehmen Defizite an Transparenz bezüglich der Aktivitäten, Zielsetzungen und Werte bestimmter Migrantenselbstorganisationen mit Bezug zum Islam wahr. Wenn hieraus Unsicherheit, Angst oder Ärger erwachsen,

weil der Wunsch nach Klarheit, Transparenz oder Orientierung in einer pluralisierten Stadtgesellschaft nicht erfüllt ist, birgt dies eine Gefahr für die breite Akzeptanz von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Organisationen. Derzeit sind alle Migrantenselbstorganisationen in der Tübinger Stadtgesellschaft sehr willkommen. Dies entspricht dem allgemein hochgeschätzten Wert der »Akzeptanz durch Toleranz«, den es zu schützen und zu bewahren – und eben auch zu ergänzen – gilt.

Einzelne Stimmen unter den Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen des *forumZFD* äußerten grundsätzliche Zweifel an der Vereinbarkeit von Aktivitäten einzelner Migrantenselbstorganisationen mit den anerkannten Werten, Menschenrechten und dem demokratischen Rechtsstaat, wie auch mit über die Milieus hinweg nicht einheitlichen Vorstellungen über den Umgang mit Schutzbefohlenen. Ihr Wunsch nach Transparenz wiederum wird von anderen Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen als Bedrohung statt als Ergänzung für den bisherigen Weg der »Akzeptanz durch Toleranz« verstanden. Wenn auch im zivilgesellschaftlichen Leben nicht besonders präsent, deutet dieses Aufeinandertreffen zunächst einmal unvereinbarer Positionen auf die Gefahr der Spaltung der Stadtgesellschaft hin. Aus Sicht des *forumZFD* besteht in der grundsätzlich nicht eskalierten Situation und vor dem Hintergrund der offenen Diskursbereitschaft der Stadtgesellschaft eine gute Chance, mit neuen Ansätzen Transparenz zu schaffen und Toleranz beizubehalten, um die bestehende Akzeptanz der in Tübingen ansässigen – mit Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vereinbaren – Migrantenselbstorganisationen auf ein breites Fundament zu stellen und somit zu stabilisieren.

Ähnlich verhält es sich mit dem Umgang mit jungen Menschen, die Migrationshintergrund haben und von manchen Menschen als »auffällig« oder »aggressiv« erlebt werden. Hier gilt es, bei jeglichen Maßnahmen eine Balance zu finden zwischen der Gefahr der Stigmatisierung einerseits und dem Bedürfnis nach frühzeitiger Unterstützung der Betroffenen sowie dem Schutz der Mehrheit andererseits. Die von einigen Befragten genannten Jungen, die in patriarchalisch strukturierten Familien aufwachsen und auffällig werden, brauchen aus Sicht des *forumZFD* eine Möglichkeit, um sich aktiv mit den unterschiedlichen Welten auseinanderzusetzen. Hierfür benötigen sie Hilfe, die keine der beiden Welten verurteilt. Dadurch wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die jungen Männer eine selbstbestimmte Entscheidung treffen, welche Werte und Umgangsformen sie selbst pflegen möchten. So können kritisch denkende Demokraten aus ihnen werden, und die Chance steigt, dass sie nicht von fundamentalistisch orientierten Organisationen angeworben werden können.

Handlungsempfehlungen

Im vorherigen Kapitel sind, abgeleitet aus der durchgeführten Situationsanalyse, Handlungsfelder priorisiert und erörtert worden. Diese Handlungsfelder münden in einem zweiten Schritt unter Berücksichtigung der fachlichen Einschätzung des *forumZFD* und der in Einzel- und Gruppendiskussionen mit Tübinger Entscheidungsträger/-innen erörterten Machbarkeitsbewertung in einen konkreten Prozessvorschlag. Dieser gliedert sich in Handlungsempfehlungen für die einzelnen Felder »Urbanität und öffentliche Ordnung«, »GeMEINwohl« und »Akzeptanz«.

Die prioritäre Umsetzung liegt bei den Handlungsfeldern »Urbanität und öffentliche Ordnung« und »GeMEINwohl«, da die Situationsanalyse für diese Bereiche klare Erkenntnisse auf einer soliden Datenbasis liefert, sich hier umfassende Ressourcen mit definierten Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen finden und der Bezug zu Migrationsthemen deutlich vorhanden ist. Das Handlungsfeld »Akzeptanz« hingegen ist zunächst einmal eine Zusammenstellung von noch diffusen Einzelbefunden. Hier sind Nachuntersuchungen notwendig, um die Virulenz der Thematik zu validieren. Zudem birgt das Thema bereits jetzt großes Erregungspotenzial, was teilweise sicher auch der allgemeinen Debatte in Deutschland (Sarrazin) geschuldet ist. Deshalb schlägt das *forumZFD* als Erfolg versprechende erste Bearbeitungsfelder – als Lernfelder – das Feld 1 (»Urbanität und öffentliche Ordnung«) und das Feld 2 (»GeMEINwohl«) vor.

Im Überblick sieht dies folgendermaßen aus:

Vorschlag eines Handlungskonzepts

Stuttgarter Straße und Wennfelder Garten:
Soziale Durchmischung als Balanceakt
► Institutionalisierung von Konfliktbearbeitung

Top10-Umfeld:
Interessens- und Nutzungskonflikte bearbeiten
► Vertiefung des Dialogs

Neckarinsel:
Nebeneffekte des Kontrollhandelns bearbeiten
► Trainings in deeskalierender Kommunikation

Waldhäuser-Ost:
Situationsanalyse anfertigen

Migrantinnen und ihre Selbstorganisationen:
Akzeptanz und Transparenz in der Tübinger Stadtgesellschaft weiter fördern

Für die folgenden Handlungsvorschläge haben wir eine Priorisierung vorgenommen, die in den Schaubildern anhand der Ampelfarben dargestellt ist:

Grün bedeutet »vorhanden«: Das heißt, hier gibt es bereits Ressourcen und/oder Maßnahmen zur Bearbeitung der Spannungspotenziale.

Gelb bedeutet »nachrangig«: In diesen Bereichen zeigen sich entweder Handlungsmöglichkeiten für die bereits befassten Institutionen oder es besteht Bedarf für eine langfristig angelegte Beobachtung des Themenbereichs ohne akuten Handlungsdruck.

Rot bedeutet »prioritär«: Hier handelt es sich um Themen, die wir als prioritär einschätzen für die ersten Bearbeitungsschritte; entweder, weil konkreter Handlungsbedarf besteht oder weil hier große Potenziale liegen und es sich um ein Thema handelt, dessen Bearbeitung in einem überschaubaren Zeitraum Erfolge erwarten lässt.

Neckarinsel zwischen Urbanität und öffentlicher Ordnung

Für die Neckarinsel sehen wir folgende Themen, für die wir eine Empfehlung und zwei Hinweise aussprechen:

- Die Fortsetzung der Arbeit von Kommunalem Ordnungsdienst und Jugendhilfe (inklusive Mobiler Jugendarbeit und den in Kreis und Stadt zuständigen Stellen für Jugendschutz) mit der **vorrangigen Empfehlung**, unerwünschte Folgeeffekte des Kontrollhandelns zu betrachten und aktiv zu bearbeiten.
- Das *forumZFD* **weist darauf hin**, den Dialog zwischen Polizei und Fachabteilung für Ordnung und Gewerbe fortzusetzen und eine Intensivierung der Ordnungspartnerschaft im Hinblick auf den Umgang mit großen Menschenansammlungen zu überprüfen.
- Das *forumZFD* **weist darauf hin**, dem hinteren Bereich der Neckarinsel als Angstraum Beachtung zu schenken und Maßnahmen zu ergreifen, um diesen positiv zu beleben.

Neckarinsel zwischen Urbanität und Ordnung: Ordnungswidrigkeiten, Sicherheitsbedenken und Angsträum

- **Ressource:** Vandalismus, Lärm und Jugendschutz (Alkohol) sind in Bearbeitung durch Ordnungsamt (KOD) und Jugendhilfe (MJA)
- **Empfehlung:** unerwünschte Folgeeffekte des Kontrollhandelns (wie etwa die Frustration Jugendlicher im öffentlichen Raum) aktiv bearbeiten (zum Beispiel durch wertschätzenden Dialog zwischen KOD/ Polizei und Jugendlichen sowie Trainings zu deeskalierender Kommunikation)
- **Ressource:** Schnittstelle von Sicherheit und Ordnung werden thematisiert in der Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt und Polizei (zum Beispiel Runder Tisch »Ruhige und saubere Innenstadt«)
- **Hinweis:** für Sicherheitsbedenken bei großen Menschenansammlungen Präventionsmaßnahmen erarbeiten (zum Beispiel Intensivierung der Ordnungspartnerschaft zwischen Ordnungsamt und Polizei)
- **Hinweis:** Angsträume im hinteren Bereich der Neckarinsel positiv besetzen (zum Beispiel durch Abenteuerspielplatz für Jugendliche und Erwachsene)

● prioritär ● nachrangig ● vorhanden

Folgeeffekte des Kontrollhandelns – konkretes Vorgehen

1. Fortsetzung bestehender Maßnahmen:

- langfristige Sicherung der Weiterarbeit der Mobilen Jugendarbeit (MJA),
- langfristige Verankerung des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD),
- Verstetigung des Austauschs zwischen Mobiler Jugendarbeit und Kommunalem Ordnungsdienst,
- Fortführung und bei Bedarf Intensivierung der Fortbildung des kommunalen Ordnungsdienstes im Bereich Kommunikation (zum Beispiel deeskalierende Gesprächsführung, empathisches Zuhören und Konfliktbearbeitung).

2. Reaktion auf die Folgeeffekte des Kontrollhandelns:

- Sicherstellung von Maßnahmen zur Sicherheit der KOD-Mitarbeiter/-innen (zum Beispiel durch Fort- und Weiterbildung; Umsetzung durch den Fachbereich 3).
- Beschäftigung mit Kommunikationsbarrieren zwischen Kommunalem Ordnungsdienst und Jugendlichen:
 - Perspektive, Erfahrungen und Unterstützungsbedarf der KOD-Mitarbeiter/-innen eruieren,
 - Perspektive der jungen Menschen erfassen, die mit dem kommunalen Ordnungsdienst in Konflikt sind,
 - mittelfristig und bei Bedarf: Gespräch zwischen Jugendlichen und Kommunalem Ordnungsdienst unter externer Moderation.

Präventive Maßnahmen mit langfristiger Wirkung

- Unterstützung der Konflikt- und Empathiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen generell: Schulung der Fähigkeit, mit den Augen anderer zu sehen, Verständnis für andere zu entwickeln und gleichzeitig die eigene Position zu erkennen und sie in einen konstruktiven Dialog einzubringen (Umsetzung in Schulen, Kindergärten und Jugendtreffs). Dieser Ansatz erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die heranwachsende Generation befähigt sein wird, in eine verbale Aushandlung unterschiedlicher Interessen zu gehen, ohne sich der physischen Machtausübung zu bedienen.
- Maßnahmen zur Förderung des generationenübergreifenden Austauschs, um die Fähigkeit der Perspektivenübernahme zwischen Menschen unterschiedlichen Alters zu verbessern und damit die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

Unterstützung durch externe Fachexpertise

- Moderation von Gesprächen,
- Befördern der Verständigung zwischen Jugendlichen und Kommunalem Ordnungsdienst,
- Beratung zum Aufbau von Präventionsmaßnahmen in Kooperation mit lokalen Institutionen.

Umfeld der Diskothek Top10 zwischen urbanem Freizeitleben, öffentlicher Ordnung und individueller Lebensqualität

Das Top10-Umfeld umfasst Symptome, die dem Spannungsfeld »Urbanität und öffentliche Ordnung« sowie dem Spannungsfeld »GeMEINwohl« zuzuordnen sind. Für den Bereich Sicherheit und Ordnung sind bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen worden und werden weiterhin umgesetzt. Bislang wenig beachtet ist jedoch das Konfliktpotenzial im Interessenkonflikt zwischen Anwohnern und Anwohnerinnen, dem Betreiber und der Stadtverwaltung sowie Diskobesuchern und -besucherinnen.

Für das Top10-Umfeld sieht das *forumZFD* folgende Themen, für die wir eine Empfehlung und einen Hinweis geben:

- Die Nutzungsdurchmischung wurde umgesetzt durch die Stadtpolitik (Bürgervertreter/-innen) und private Investoren und Investorinnen. Dieses Vorgehen hat eine neue Situation geschaffen, mit der Interessenkonflikte einhergehen. Gleichzeitig wird dieser Konflikt bereits bearbeitet unter Beteiligung von Stadtverwaltung, Betreiber und Bürgerinitiative. Das *forumZFD* spricht die **dringliche Empfehlung** aus, den bestehenden Austausch fortzusetzen und zu vertiefen. Hierzu erscheint die Definition und Beachtung der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen von eklatanter Bedeutung, um eine tragfähige, nachhaltige Lösung zu erarbeiten.
- Auch dem Jugendschutz soll weiterhin Aufmerksamkeit zukommen in der Fortsetzung von Streifen durch Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst und durch das Ergreifen etwaiger ordnungsrechtlicher Maßnahmen. Das *forumZFD* **weist darauf hin**, ein Augenmerk auf eine mögliche Verlagerung von Aufenthaltsorten mit der Folge einer Verschiebung der Problematik zu richten.

Top10-Umfeld zwischen urbanem Freizeitleben und Wohnqualität mit Sicherheit und Ordnung

- **Ressource:** Nutzungsdurchmischung (Gewerbe und Wohnen) wird umgesetzt durch die Stadt Tübingen und private Investoren
- **Empfehlung:** Interessens- und Nutzungskonflikte (um Lärm und Müll) durch Intensivierung des Dialogs zwischen Bürger/-innen, Top10-Betreiber und Stadt bearbeiten
- **Ressource:** Jugendschutz (Alkohol), Lärm und Müll (zum Beispiel Gelände der Hügelschule) sind in Bearbeitung mittels Streifen von KOD und Polizei, sowie Aufenthaltsbeschränkungen
- **Hinweis:** mögliche Verdrängung als unerwünschten Nebeneffekt im Auge behalten

● prioritär ● nachrangig ● vorhanden

»Interessens- und Nutzungskonflikte im Top10-Umfeld« – konkretes Vorgehen

1. Erhaltung der Maßnahmen zur Sicherstellung von Ordnung und Sicherheit (Einsätze von privatem Sicherheitsdienst, Kommunalem Ordnungsdienst und Polizei).
2. Verstetigung der Gespräche zwischen den zentralen Konfliktbeteiligten (Stadtverwaltung, Bürgerinitiative und Betreiber).
3. Überprüfung der Notwendigkeit von Maßnahmen zur (externen) Moderation oder Vermittlung.

Unterstützung durch externe Fachexpertise (primär in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 3)

- Beratung zu (adäquaten) Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung wie
 - Vertiefung des Dialogs,
 - Prozessbegleitung,
 - (Konflikt-) Moderation oder
 - Vermittlung.

Soziale Durchmischung in Bereichen der Südstadt als Balanceakt

Für den Bereich der Stuttgarter Straße und ihrer Umgebung sehen wir folgende Themen, zu denen wir eine Empfehlung und einen Hinweis formulieren:

- Mitglieder des Begleitkreises Stuttgarter Straße sowie Stadtplanung und Jugendhilfe setzen die soziale Durchmischung bereits um. Hier sprechen wir die dringende Empfehlung aus, für eine nachhaltige Stabilisierung des friedlichen Zusammenlebens im Quartier über die bauliche Sanierungsphase hinaus Sorge zu tragen. Hierzu bedarf es der Beachtung der alltäglichen sozialen wie vor allem kommunikativen Herausforderungen einer derart heterogenen Bewohnerschaft. Es erscheint hilfreich, ein lokales Konfliktbearbeitungsangebot zu institutionalisieren.
- In der Südstadt allgemein ist eine demografische Entwicklung zu erwarten, die einen erhöhten Bedarf an Angeboten für Jugendliche mit sich bringt. Das *forumZFD* weist darauf hin, diesen Trend frühzeitig – auch im Sinne der Prävention – zu beachten, wenn über Angebote für Jugendliche entschieden wird.

Stuttgarter Straße und Wennfelder Garten zwischen individuellem Wohl und Gemeinwohl

- **Ressource:** Soziale Durchmischung wird umgesetzt durch Stadtplanung, Begleitkreise und freie Träger
- **Empfehlung:** Konfliktbearbeitung institutionalisieren durch Sensibilisierung und Fortbildung von Akteuren und Bewohner/-innen
- Demografische Entwicklung kündigt Bedarf an Jugendangeboten an
Hinweis: Vorausschauende Bedarfsanpassung der Angebote für Jugendliche als frühe Prävention mitdenken

● prioritär ● nachrangig ● vorhanden

»Soziale Durchmischung als Balanceakt« – konkretes Vorgehen

1. Erhaltung und Ausbau der gemeinwesenorientierten Arbeit im Quartier und Förderung der Kommunikation zwischen Gremien in den verschiedenen Sanierungsgebieten (zum Beispiel Begleitkreise Wennfelder Garten und Stuttgarter Straße).

2. Verstärkung des Begleitkreises Stuttgarter Straße – vor allem unter Beteiligung von Wohnbau, Stadtplanung, Jugendhilfe und Bewohnerinnen und Bewohnern.
3. Nachhaltige Verankerung von Konfliktbearbeitung im Quartier:

- Fortbildung der vor Ort tätigen Akteurinnen und Akteure und ausgewählter Bewohner/-innen in Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung, der interkulturellen und gewaltfreien Kommunikation;
- Aufbau eines Angebots für Konfliktbearbeitung für Bewohner/-innen der Südstadt und vor allem der Stuttgarter Straße (zum Beispiel Stelle für Gemeinwesen- und Nachbarschaftsmediation).

Unterstützung durch externe Fachexpertise (in Zusammenarbeit mit den hier tangierten Projektpartnern Martin-Bonhoeffer-Häuser, Jugendhaus Pauline und Fachbereich 5)

- Beratung zum Aufbau eines Konfliktbearbeitungsangebots (Gemeinwesen- und Nachbarschaftsmediation) für Bewohner/-innen,
- Konzeption eines passenden Trainings zur Weiterentwicklung von Konfliktbearbeitungskompetenzen bei professionellen Akteuren und Akteurinnen und/oder Bewohnern und Bewohnerinnen.
- Moderation von (Konflikt-) Gesprächen zwischen Bewohnern und Bewohnerinnen.

Langfristiger Fokus

Werden die vorhergehenden Handlungsfelder Erfolg versprechend bearbeitet und sind die notwendigen Ressourcen frei, so empfiehlt das *forumZFD*, folgende Handlungsfelder in den Blick zu nehmen:

- den Stadtteil Waldhäuser-Ost: Hier findet sich ein hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund;²⁵
- das Handlungsfeld »Akzeptanz durch Toleranz und Transparenz«, das sich bereits im Blick und in Bearbeitung der Stabsstelle Gleichstellung und Integration befindet.

Situationsanalyse WHO

Die vorliegende Situationsanalyse hat keinen gesonderten und tiefer gehenden Blick auf den Stadtraum Waldhäuser-Ost gerichtet. Waldhäuser-Ost drängte sich während der Analyse keinesfalls als Gebiet mit besonderem Bearbeitungsbedarf auf. Dennoch wurde Waldhäuser-Ost von

einigen – aber bei Weitem nicht allen Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen des *forumZFD* – zu einem Thema gemacht. Das Bild von diesem Stadtteil blieb dabei diffus und divergent. Das *forumZFD* weist darauf hin, eine Situationsanalyse zu erstellen, da in diesem Bereich sehr unterschiedliche Einschätzungen zu Lebensqualität und Problembelastung aufeinandertrafen. Das Meinungsspektrum reichte dabei von: »Dies ist ein Bereich mit vorzüglicher Infrastruktur«, bis zu: »WHO ist ständig benachteiligt von der Tübinger Stadtpolitik, und man will gar nicht genau hinschauen.«

Um dieses diffuse und divergente Stimmungsbild zu klären und mögliche Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen, schlägt das *forumZFD* die mittelfristige Erstellung einer tiefer gehenden Analyse der Sozialstrukturen im Stadtteil mit einem besonderen Blick auf das Thema Migration vor.

Situationsanalyse von Waldhäuser-Ost

- Widersprüchliche Aussagen über die Situation in Waldhäuser-Ost: zwischen »Ghetto« und »Wohngebiet ohne größere Probleme«

Hinweis: Klarheit herstellen über Konfliktpotenziale mittels Situationsanalyse

● prioritär ● nachrangig ● vorhanden

Akzeptanz durch Transparenz fördern

Für das Handlungsfeld »Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten und Migrantenselbstorganisationen mit Bezug zum Islam« sieht das *forumZFD* in der Stabsstelle Gleichstellung und Integration der Stadtverwaltung die Institution, die Integrations- und Migrationsthemen für Tübingen bereits mit großer Expertise bearbeitet. Insbesondere mit dem 2010 vorgelegten Integrationskonzept hat die Stabsstelle eine Grundlage und einen Rahmen geschaffen, um das Thema »Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten und Migrantenselbstorganisationen mit Bezug zum Islam« in das Gesamthema »Integration in Tübingen« einzuordnen. Sie wird diese Themen auch weiterhin beobachten und verantwortungsvoll mit der Wahl adäquater Maßnahmen umgehen.

- Angesichts der begrenzten Personalausstattung dieser Stelle ist es von besonderer Bedeutung, den Plan weiter umzusetzen, Integration als Querschnittsaufgabe zu etablieren. Dies bedeutet, Integration als Aufgabe zu begreifen, die alle Bereiche der Stadtgesellschaft inklusive Stadtverwaltung inklusive der

mit Integration befassten Institutionen und Organisationen und inklusive der Migrantenselbstorganisationen umfasst.

- Das *forumZFD* weist auf die **Notwendigkeit hin**, einen gleichberechtigten Kontakt auf Augenhöhe zwischen Stadt und Migrantenselbstorganisationen sicherzustellen. Dies ist ein zentraler Gelingensfaktor für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Hierzu ist aus Sicht des *forumZFD* die Erhaltung des »Gesprächskreises Integration« ein hilfreiches Instrument, um eine Plattform zu haben, in der sich Vertreter/-innen von Migrantenselbstorganisationen, Institutionen mit Angeboten für Migranten und Migrantinnen und Stadtverwaltung austauschen können. Hilfreiche Kommunikationsplattform zwischen Stadtverwaltung und Migrantenselbstorganisationen ist zudem der Gesprächskreis »Internationale Vereine«. Beide Gesprächskreise schaffen eine Möglichkeit, Kenntnis zu erlangen über Aktivitäten und Werte migrantischer Organisationen, eigene Positionen der Stadtverwaltung und Stadtpolitik zu vermitteln und über Meinungsverschiedenheiten in Austausch zu treten.

Akzeptanz von Migranten und Migrantinnen sowie Migrantenselbstorganisationen weiter fördern durch die Herstellung von Transparenz

- **Ressource:** Integration als Thema der Tübinger Stadtgesellschaft wird mit der Stabsstelle Integration als Querschnittsaufgabe etabliert; Projekte zu Bildung, Sprachförderung und interkultureller Öffnung der Verwaltung werden umgesetzt
- **Hinweis:** Forum für den regelmäßigen »Austausch auf Augenhöhe« zwischen Stadt und Migrantenselbstorganisationen (zum Beispiel den »Gesprächskreis Integration«) erhalten
- **Ressource:** Maßnahmen für den spezifischen Bedarf von Minderheiten (zum Beispiel Mädchentreff und Frauenschwimmen) werden umgesetzt durch Stabsstelle und Kooperationspartner
- **Hinweis:** spezifische Angebote für Jungen mit Migrationshintergrund schaffen, die sich hinsichtlich ihrer Geschlechterrolle in einem Identifikationskonflikt zwischen patriarchaler Familienstruktur und Gleichberechtigung in öffentlichen Institutionen befinden
- Unterschiedliche Perspektiven auf einige Migrantenselbstorganisationen
Hinweis: Herausforderungen in der Begegnung mit dem Islam in der Tübinger Stadtgesellschaft ernst nehmen durch Auseinandersetzung mit vorhandenen Ängsten, Vorurteilen, Gerüchten sowie mit Kritik und Distanzierung

● prioritär ● nachrangig ● vorhanden

- Die Stabsstelle Gleichstellung und Integration unterstützt bereits Maßnahmen verschiedener örtlicher Institutionen, die den besonderen Bedarf von **Minderheiten mit Migrationshintergrund** aufgreifen (zum Beispiel in einem geschlechtergetrennten Treff, der insbesondere für muslimische Mädchen ein Freizeitangebot darstellt). Das *forumZFD* **weist darauf hin**, diese spezifischen Angebote auch auf andere Gruppen auszuweiten. Hierbei sollte das Augenmerk vor allem männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelten, die als auffällig aggressiv erlebt werden. Im Bereich der Jungenarbeit erscheint eine Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit als hilfreich, um die oben genannte Gruppe zu erreichen.
- Die Situationsanalyse förderte einzelne Stimmen zutage, die bei ihrer Kenntnis über bestimmte Tübinger Migrantenselbstorganisationen mit Bezug zum Islam Sorge haben um Kinder mit Migrationshintergrund. Sie wollen sicherstellen, dass Familien mit Migrationshintergrund in schwierigen Situationen eine Art der Unterstützung wählen können, die mit dem demokratischen Verständnis der Mehrheitsgesellschaft in Übereinstimmung ist. Das *forumZFD* **weist darauf hin**, die mit Ängsten, Urteilen und Kritik gepaarten Begegnungen mit dem Islam in der Tübinger Stadtgesellschaft aufzugreifen, um eine aktive Auseinandersetzung damit zu ermöglichen, die ein weiterer Beitrag zu Transparenz und Akzeptanz sein kann.²⁶

Endnoten

- 1 Quelle: Stadt Tübingen, <http://www.tuebingen.de/stat/einw/altersjahre.pdf>, Stand 15.02.2011.
- 2 Quelle: Statistisches Landesamt, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=99&T=03033014&E=GE&K=416&R=GE416041>, Stand 15.02.2011.
- 3 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Beschäftigung Ende Dezember 2009 in Baden-Württemberg, Nürnberg, Stichtag: 31. Dezember 2009, <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>, Stand 22.02.2011.
- 4 Quelle: Statistisches Landesamt, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=ArbeitsmErwerb&U=01&T=03033014&E=GE&K=416&R=GE416041>, Stand 15.02.2011; für die Stadt Tübingen konnten keine eigenen Arbeitslosenzahlen eruiert werden.
- 5 Quelle: Statistisches Landesamt, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?03025014GE416041>, Stand 22.01.2011; 2009: 81,1 %, eigene Berechnung.
- 6 Urbanität beschreibt im sozialwissenschaftlichen Sinne eine durch städtische Lebensweisen geprägte Alltagswelt. Urbanität umfasst somit sowohl städtebauliche als auch funktionale, soziokulturelle und sozioökonomische Elemente einer Lebensumwelt, die als »typisch städtisch« interpretiert werden kann. »Die städtische Lebensweise zeichnet sich durch die Größe, Dichte und Heterogenität aus. Daraus resultieren physische Nähe bei gleichzeitiger sozialer Distanz und Reserviertheit zwischen den Menschen, die Anonymität des Verkehrs, ausgeprägte Differenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, distinkte Lebensstile sowie ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt. Orte werden als urban wahrgenommen, wenn sie gewisse städtebauliche Elemente aufweisen und mit kulturellen Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen ausgestattet sind.« Quelle: Brunotte, Ernst et al. (Hrsg.): Lexikon der Geographie, Bd. 3, Berlin 2002.
- 7 In der Stadt Tübingen gibt es 2011 über 24.500 Studierende (Quelle: Stadt Tübingen, http://www.tuebingen.de/25_3718.html) und im Landkreis sind 2009 14,4 % akademisch ausgebildete Arbeitnehmer/-innen (Quelle: http://www.statistik-bw.de/arbeitsmerwerb/arbeitsmarkt/bw/ArbmIII_07.asp), wohingegen im gesamten Bundesland Baden-Württemberg der Anteil bei 11,2 % liegt (Quelle: <http://www.statistik-bw.de/Presse-mitt/2010275.asp>, Stand 22.02.2011).
- 8 Siehe exemplarisch das Vereinsregister der Stadt Tübingen: <http://www.tuebingen.de/vereine/>
- 9 Quelle: Stadt Tübingen, http://www.tuebingen.de/ratsdokumente/2004_102.pdf und http://www.tuebingen.de/formular-download/verwaltungsbericht_internet.pdf, Stand 15.02.2011.
- 10 Vgl. Schwäbisches Tagblatt vom 14.01.2010.
- 11 Siehe Kreisarmutskonferenz: Wegweiser für Migrantinnen und Migranten, 2010.
- 12 Nach unserer Kenntnis mindestens seit 2004.
- 13 Siehe hierzu die Handlungsempfehlung zur Situationsanalyse für Waldhäuser-Ost am Ende dieses Handlungskonzepts.
- 14 Die Bereiche Wohnen, Bildung und Beruf sind im Integrationskonzept der Stadt Tübingen an zentraler Stelle berücksichtigt und werden dort in Projekten bearbeitet. Aus diesem Grund wird die nähere Betrachtung dieser Bereiche im Rahmen dieser Studie zurückgestellt.
- 15 Die Fachabteilung Ordnung im Fachbereich 3 der Stadtverwaltung Tübingen erstellte eine Sonderauswertung ihrer statistischen Daten zur Neckarinsel mit Stand vom 15. Februar 2011. Die Vorfälle können von KOD oder Polizei (hier drei Fälle) festgestellt worden oder von Bürgerinnen und Bürgern gemeldet worden sein und trugen sich mit einer Ausnahme in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 1:20 Uhr zu. Kriterium für die Aufnahme in die Datenbank ist die Bedingung, dass die Personalien der »Störer« aufgenommen wurden.
- 16 Mittlerweile gab es bereits drei körperliche Angriffe auf die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes, Stand vom 15.02.2011.
- 17 Inwieweit sich diese Dynamik auf die Verständigung zwischen Kommunalem Ordnungsdienst und Mobiler Jugendarbeit als parteilicher Vertretung auch dieser jungen Menschen auswirkt, kann derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden.
- 18 Vgl. Reinhold, Gerd: Soziologielexikon, München/Wien 1992.
- 19 Ein wesentlicher Unterschied zur Stuttgarter Straße scheint darin zu liegen, dass die soziale, kulturelle wie wirtschaftliche Situation der Bewohner/-innen in der Stuttgarter Straße sehr viel homogener ist.
- 20 Auch für den Bereich des Wennfelder Gartens wurde ein Begleitkreis gegründet. Über die Kommunikation zwischen den Begleitkreisen sind derzeit keine Informationen vorhanden.
- 21 Dies deutet auf eine Ordnungskomponente hin. Die Zuordnung erfolgt zum Spannungsfeld GeMEINwohl, da es sich hier – anders als bei der Neckarinsel und beim Europaplatz – nicht um einen viel genutzten öffentlichen (Durchgangs-) Raum der gesamten Bevölkerung handelt, sondern eine spezifische Thematik in einem kleinräumigen Wohngebiet vorliegt.
- 22 Tagblatt, 16.01.2010. Der Betreiber ist von 6 Uhr auf 5 Uhr gegangen, Quelle: http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/nachrichten-newsticker_artikel,-Top-10-Disko-Chef-glaubt-es-ist-ruhiger-geworden-_arid,89378.html. Geöffnet ist das TOP10 Tübingen am Mittwoch und Donnerstag von 21:00 Uhr bis 4:00 Uhr, am Freitag, Samstag und vor Feiertagen von 21:00 Uhr bis 5:00 Uhr (vgl. <http://www.topten.de>).
- 23 In der Bürgerinitiative haben sich rund 30 Anwohner/-innen zusammengeschlossen. Sie wollen kürzere Öffnungszeiten erreichen und erwägen rechtliche Schritte bis hin zur Klage vor dem Verwaltungsgericht. Sie sehen das Problem darin, dass »das Gebiet zur Partymeile geworden ist«. Quelle: <http://www.stopten.de/content/%E2%80%9Ebi-stop-ten-%E2%80%93-leben-ums-depot%E2%80%9C-startet-unterschriftenaktion-und-richtet-spendenkonto-ein>, Stand 15.02.2011.
- 24 Vgl. Tübinger Wochenblatt, 21.01.2010.
- 25 Anteil der Bewohner/-innen mit Migrationshintergrund: 38 % in WHO ohne Studentendorf und 63,4 % im Studentendorf selbst (vgl. Integrationskonzept der Stadt Tübingen, S. 46).
- 26 Einen Beitrag hierzu könnte das an der Universität Tübingen ab Wintersemester 2011/2012 eingerichtete Islamzentrum leisten, an dem Imame ausgebildet werden. Quelle: <http://www.zeit.de/studium/hochschule/2010-10/imamausbildung-tuebingen>, Stand vom 22.01.2011.

Quellen zur vertiefenden Beschäftigung

Bertelmann, Barbara / Steurer, Dirk / Weiß, Ingrid (Hilfe zur Selbsthilfe e. V.): Bedarfserfassung zu Mobiler Jugendarbeit für die Tübinger Innenstadt, 2009, unter http://www.tuebingen.de/ratsdokumente/2009_382.pdf

Bibouche, Seddick (Hrsg.): Interkulturelle Integration in der Kinder- und Jugendarbeit. Orientierungen für die Praxis, Weinheim 2006.

Kreis-Armutskonferenz (Hrsg.): Wegweiser für Migrantinnen und Migranten im Landkreis Tübingen. Überarbeitete 5. Fassung – Internetversion (Stand: April 2010), unter http://www.tuebingen.de/formulardownload/Wegweiser_Migranten_5.Aufl.pdf

Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.): Stuttgarter Bündnis für Integration. Eine Fortschreibung, April 2009, unter <http://www.stuttgart.de/img/mdb/publ/17332/45883.pdf>

Runder Tisch Gewaltprävention: Projekte zur Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung in Tübingen, 2010, unter <http://www.gewaltpraevention-tue.de>

Schulporträt: Hauptschule Innenstadt Tübingen, in: Lehren und Lernen. Zeitschrift für Schule und Innovation Baden-Württemberg, 32 (2006) 5–6, S. 3–67, unter http://www.hsi-tuebingen.de/images/stories/documents/20100113_lehren_und_lernen.pdf

Universitätsstadt Tübingen / Stabsstelle Gleichstellung und Integration (Hrsg.): Integrationskonzept Tübingen 2010. Grundsätze und Handlungsfelder der Integrationspolitik, 2010, unter http://www.tuebingen.de/formulardownload/integrationskonzept_tuebingen_2010.pdf

Universitätsstadt Tübingen / Fachabteilung Jugendarbeit: Bericht der städtischen Kinder- und Jugendarbeit, 2008.

Über das Projektteam

Sylvia Lustig, Diplom-Soziologin, Psychologin und Kriminologin. Forschungsaufenthalte in Kanada (University of Toronto) und Südafrika (Community Peace Program, University of the Western Cape). Gründungsmitglied und Vorstand des Süddeutschen Instituts für empirische Sozialforschung e.V. (sine). Lehrbeauftragte an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Seit März 2010 Konfliktberaterin für das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in der Universitätsstadt Tübingen. Neben ihrer Tätigkeit als Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation und als Coach berät Sylvia Lustig seit vielen Jahren Städte und Gemeinden zu Themen wie Jugendkriminalitätsprävention und Konfliktbearbeitung. Für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) entwickelte sie das Modellprogramm »Wir kümmern uns selbst. Konfliktlösung im öffentlichen Raum«.

Monika Gren, Studentin der Diplom-Pädagogik mit praktischer Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit und in verschiedenen Bereichen der Sozialen Arbeit. Monika Gren ist seit 2010 als studentische Hilfskraft für das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. in Tübingen tätig.

Die Studie »Konfliktpotenziale als Chance. Vorschlag eines Handlungskonzepts für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Universitätsstadt Tübingen« entstand im Rahmen des Projektes »Integration fördern – Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Kommunale Konfliktberatung in den Städten Hamburg-Bergedorf und Tübingen«, das das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Ziviler Friedensdienst in Deutschland von Dezember 2009 bis Dezember 2010 durchführte. Das Beratungsprojekt wurde gemeinschaftlich gefördert durch den Europäischen Integrationsfonds (EIF) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Abteilung Projekte und Programme

Wesselstraße 12
53113 Bonn

Telefon: 02 28 85 02 96-50
Fax: 02 28 85 02 96-99

kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de